

Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

**Staatssekretär**

An den  
Vorsitzenden des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Günter Neugebauer, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

nachrichtlich:

Herrn Präsidenten  
des Landesrechnungshofes  
Schleswig-Holstein  
Dr. Aloys Altmann  
Hopfenstraße 30  
24103 Kiel

Kiel, 17. Juni 2009

**Dataport  
hier: Jahresabschluss 2007 und Wirtschaftsplan 2008**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anbei übersende ich Ihnen den durch den Verwaltungsrat am 07. Juli 2008 genehmigten Jahresabschluss 2007 und den am 04. Dezember 2007 genehmigten Wirtschaftsplan 2008 von Dataport.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Dr. Arne Wulff

Anlagen

ENTWURF

**Dataport - Anstalt des öffentlichen Rechts -  
Altenholz**

Prüfungsbericht  
Jahresabschluss und Lagebericht  
31. Dezember 2007

Ernst & Young AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

**INHALTSVERZEICHNIS**

	Seite
A. Prüfungsauftrag	1
B. Grundsätzliche Feststellungen	1
Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter	1
C. Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse	3
I. Wirtschaftliche Grundlagen	3
II. Mehrjahresvergleich	4
III. Ertragslage	5
IV. Vermögens- und Finanzlage	7
D. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	10
E. Feststellungen zur Rechnungslegung	12
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	12
1. Vorjahresabschluss	12
2. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	13
3. Jahresabschluss	13
4. Lagebericht	14
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	14
1. Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen	14
2. Zusammenfassende Beurteilung	16
F. Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrags nach § 53 HGrG	16
G. Bestätigungsvermerk	17

**ANLAGEN**

- 1 Bilanz zum 31. Dezember 2007
- 2 Gewinn- und Verlustrechnung für 2007
- 3 Anhang für 2007
- 4 Lagebericht für 2007
- 5 Rechtliche Verhältnisse
- 6 Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz
- 7 Weiter gehende Aufgliederungen und Erläuterungen des Jahresabschlusses

Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt  
Allgemeine Auftragsbedingungen

ENTWURF

**ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS**

AKDB	Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern, München
BGA	Betriebs- und Geschäftsausstattung
BgA	Betrieb gewerblicher Art
DCS	Data Center Steuern
DZ-SH	Datenzentrale Schleswig-Holstein Anstalt des öffentlichen Rechts, Kiel
FHB	Freie Hansestadt Bremen
FHH	Freie und Hansestadt Hamburg
Fidatas	Bremischer Landeseigenbetrieb Fidatas, Bremen
IuK	Information und Kommunikation
LIT	Landesamt für Informationstechnik, Hamburg
SfB-Iuk	Senatsamt für Bezirksangelegenheiten - Informations- und Kommunikationswesen
Sondervermögen	Sondervermögen Hamburgisches Telekommunikationsnetz, Hamburg
VOB	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VOF	Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen
VOL	Verdingungsordnung für Leistungen

## **A. PRÜFUNGS-AUFTRAG**

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats der Dataport - Anstalt des öffentlichen Rechts -, Altenholz, (im Folgenden kurz: "Unternehmen" oder "Dataport") hat uns aufgrund des Beschlusses des Verwaltungsrats vom 5. Juli 2007 mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2007 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und des Lageberichts beauftragt.

Darüber hinaus wurden wir beauftragt, die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens gemäß § 53 HGrG zu prüfen und hierüber Bericht zu erstatten (Anlage 6) sowie weitergehende Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses vorzunehmen (Anlage 7).

Für diesen Auftrag gelten, auch im Verhältnis zu Dritten, unsere als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002. Wir verweisen ergänzend auf die dort in Ziffer 9 enthaltenen Haftungsregelungen und auf den Haftungsausschluss gegenüber Dritten sowie die weiteren Bestimmungen der beigefügten Anlage "Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt".

Unsere Berichterstattung erfolgt nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf, (IDW PS 450).

## **B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN**

### **Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter**

Die Darstellung und Beurteilung der Lage des Unternehmens und seiner voraussichtlichen Entwicklung durch den Vorstand im Jahresabschluss und im Lagebericht halten wir für zutreffend.

## **Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens**

Hervorzuheben sind insbesondere die folgenden Aspekte:

- Die Steigerung der Umsatzerlöse von TEUR 212.540 in 2006 auf TEUR 234.349 in 2007 ist im Wesentlichen auf die Zunahme der Leistungserlöse, insbesondere durch die fusionsbedingten Zuwächse mit Bremen (EUR 18,4 Mio.), zurückzuführen.
- Die sonstigen betrieblichen Erträge beliefen sich im Geschäftsjahr 2007 auf EUR 5,1 Mio. (Vj. EUR 2,7 Mio.) und betreffen vorwiegend die Auflösung von Rückstellungen.
- Der Anstieg des Materialaufwands und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist insbesondere auf die Übernahme von Aufgaben aus Bremen und der damit verbundenen Einrichtung einer neuen Betriebsstätte in Bremen, aber auch auf die allgemeine Mehrwertsteuererhöhung, auf Beratungsleistungen und eingeleitete Maßnahmen der Qualitäts- und Zukunftssicherung zurückzuführen.
- Der Personalaufwand ist insbesondere durch die Übernahme der Mitarbeiter des ehemaligen bremischen Eigenbetriebs Fidatas (172 Vollzeitkräfte) und die Einstellung von zusätzlichem Personal für das Projekt ESARI/30k deutlich gestiegen.
- Die finanziellen Verpflichtungen konnten trotz hohen Investitionsaufkommens aus eigenen Mitteln erfüllt werden. Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ist positiv.
- Das Anlagevermögen war zum 31. Dezember 2007 nicht mehr vollständig durch Eigenkapital und langfristige Verbindlichkeiten (Pensionsrückstellungen, Rechnungsabgrenzungsposten) gedeckt. Eine mögliche fristengerechte Struktur durch Aufnahme von Investitionskrediten war wegen der damit verbundenen Belastung des Zinsergebnisses nicht sinnvoll.
- Das Geschäftsjahr 2007 wurde bei Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen von TEUR 4.348 mit einem Jahresfehlbetrag von TEUR 659 (Vj. Jahresüberschuss TEUR 743) abgeschlossen.

## **Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens**

Die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung der Dataport im Lagebericht basiert auf Annahmen, bei denen Beurteilungsspielräume vorhanden sind. Wir halten diese Darstellung für plausibel. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf folgende Kernaussagen hinzuweisen:

- Für das Geschäftsjahr 2008 steht Dataport vor seiner bisher größten wirtschaftlichen Herausforderung, da durch den Wegfall der Anwendung "MVS Steuer" für Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein erhebliche Erlöse für den MVS-Großrechner-Bereich ausbleiben werden, für die keine Kapazitäts- und Kostenanpassung in entsprechendem Umfang möglich ist. Außerdem werden die Mehrwertsteuererhöhung in 2007 sowie die Erhöhung der Personaltarife in 2008 bei bisher unveränderten Entgelten das Geschäftsergebnis erheblich belasten.
- Durch eine konzertierte Aktion aus der Gewinnung zusätzlicher Aufträge, Entgelterhöhungen in begrenztem Umfang, Vereinbarung von Grundbeiträgen für eine ausreichende Finanzierung des 2-Hersteller-Konzepts im Großrechner-Bereich, Kosteneinsparungen durch Fortsetzung des in der 2. Jahreshälfte 2007 eingeleiteten Sparkurses bzw. durch organisatorische Verbesserungen soll das erwartete negative Ergebnis für 2008 minimiert werden.
- Risiken der künftigen Entwicklung ergeben sich u. a. aus der Verschärfung des Wettbewerbs in der öffentlichen Informationstechnik sowie durch die weiterhin knappen Mittel der öffentlichen Haushalte in den Trägerländern.

## **C. ANALYSE DER WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE**

### **I. Wirtschaftliche Grundlagen**

Dataport ist der Dienstleister für moderne zukunftssichere Informations- und Kommunikationstechnik der öffentlichen Verwaltung in den Ländern Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein einschließlich der Kommunen in Schleswig-Holstein sowie der Steuerverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern (Data Center Steuern).



Dataport wurde zum 1. Januar 2004 als Anstalt öffentlichen Rechts gegründet und entstand aus der Fusion der ehemaligen Datenzentrale Schleswig-Holstein, des Landesamtes für Informationstechnik der Freien und Hansestadt Hamburg sowie der Zentralstelle "Informations- und Kommunikationswesen" der IuK-Stelle des Senatsamts für Bezirksangelegenheiten der Freien und Hansestadt Hamburg.

Gemäß § 11 der Satzung hat Dataport ihre Geschäfte unter Beachtung wirtschaftlicher Gesichtspunkte nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck des Unternehmens.

## II. Mehrjahresvergleich

		2007	2006	2005	2004
Umsatzerlöse	TEUR	234.349	212.540	184.084	182.406
Gesamtleistung	TEUR	234.769	212.865	184.048	182.433
Materialaufwand	TEUR	102.101	93.744	80.336	81.322
von Gesamtleistung	%	43,5	44,0	43,6	44,6
Personalaufwand	TEUR	86.956	74.740	67.820	68.320
von Gesamtleistung	%	37,0	35,1	36,8	37,4
Betriebsergebnis	TEUR	-4.820	-677	1.329	-1.235
von Gesamtleistung	%	-2,1	-0,2	0,9	-0,7
Jahresergebnis	TEUR	-659	743	635	467
Investitionen in das Sachanlagevermögen und in immaterielle Vermögensgegenstände	TEUR	42.095	39.102	20.184	9.224
von den Abschreibungen	%	186,0	251,1	160,2	70,4
Abschreibungen	TEUR	22.632	15.570	12.596	13.099
Eigenkapital	TEUR	54.036	54.695	47.953	47.317
vom Gesamtkapital	%	28,6	31,4	32,9	36,5

### III. Ertragslage

Aus den Gewinn- und Verlustrechnungen der beiden letzten Geschäftsjahre ergibt sich nach Zusammenfassungen und Verrechnungen, die nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgenommen wurden, die nachfolgende Ertragsübersicht.

Anlage 7 enthält weitere Aufgliederungen und Erläuterungen von ausgewählten Posten des Jahresabschlusses.

	2007		2006		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	234.349	99,8	212.540	99,8	21.809	10,3
Eigenleistung	420	0,2	325	0,2	95	29,2
<b>Gesamtleistung</b>	<b>234.769</b>	<b>100,0</b>	<b>212.865</b>	<b>100,0</b>	<b>21.904</b>	<b>10,3</b>
Materialaufwand	102.101	43,5	93.744	44,0	8.357	8,9
Personalaufwand	86.956	37,0	74.740	35,1	12.216	16,3
Abschreibungen	22.632	9,7	15.570	7,3	7.062	45,4
Sonstiger Betriebsaufwand						
./.. übrige betriebliche Erträge	27.858	11,9	29.460	13,9	-1.602	-5,4
Steuern (ohne Ertragsteuern)	42	0,0	28	0,0	14	50,0
<b>Betrieblicher Aufwand</b>	<b>239.589</b>	<b>102,1</b>	<b>213.542</b>	<b>100,3</b>	<b>26.047</b>	<b>12,2</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-4.820</b>	<b>-2,1</b>	<b>-677</b>	<b>-0,3</b>	<b>-4.143</b>	<b>&gt; 100,0</b>
Beteiligungs- und Finanzergebnis	-4		639		-643	
Neutrales Ergebnis	4.165		781		3.384	
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-659</b>		<b>743</b>		<b>-1.402</b>	

Die Steigerung der **Umsatzerlöse** von TEUR 212.540 auf TEUR 234.349 ist im Wesentlichen durch die Übernahme des Vermögens des bremischen Eigenbetriebs Fidatas begründet, das als Sacheinlage durch die Freie Hansestadt Bremen zum 1. Januar 2007 eingebracht wurde. Damit verbunden sind ebenfalls Erhöhungen in den umsatzbezogenen Material- und Personalaufwendungen.

Die Entwicklung des **Materialaufwandes** geht einher mit dem Anstieg der Umsatzerlöse. Im Berichtsjahr stiegen insbesondere die Aufwendungen für Personalfremdleistungen, für Softwarepflege sowie für Softwaremieten.

Der **Personalaufwand** ist durch die Übernahme der Mitarbeiter des ehemaligen bremischen Eigenbetriebs Fidatas (172 Arbeitskräfte) und die Einstellung zusätzlichen Personals insbesondere für das Projekt ESARI/30k gestiegen. Der durchschnittliche Personalstand stieg von 1.237 im Geschäftsjahr 2006 um rund 20 % auf 1.481 im Geschäftsjahr 2007.

Die **Abschreibungen** sind investitionsbedingt angestiegen.

Der Rückgang des Saldos aus **sonstigem Betriebsaufwand** und **übrigen betrieblichen Erträgen** im Vergleich zum Vorjahr resultiert insbesondere aus den im Geschäftsjahr 2006 enthaltenen Aufwendungen für unterlassene Instandhaltung, die im Wesentlichen für die Sanierung der Fassade des Verwaltungsgebäudes in Altenholz entstanden waren.

Der Rückgang des **Beteiligungs- und Finanzergebnisses** ist das Ergebnis niedrigerer Zinserträge, da im Berichtsjahr aufgrund der hohen Investitionstätigkeit des Unternehmens weniger flüssige Mittel für die Anlage von kurzfristigen Termingeldern zur Verfügung standen.

Der Anstieg des **neutralen Ergebnisses** resultiert im Wesentlichen aus den deutlich gestiegenen Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen.

Das **neutrale Ergebnis** setzt sich wie folgt zusammen:

	2007 TEUR	2006 TEUR
<b>Neutrale Erträge</b>		
Auflösung von Rückstellungen	4.348	2.413
Auflösung Einzelwertberichtigung auf Forderungen	88	0
Gewinne aus Anlagenabgängen	11	0
Sonstige periodenfremde Erträge	359	134
	<u>4.806</u>	<u>2.547</u>
<b>Neutrale Aufwendungen</b>		
Verluste aus Anlagenabgängen	130	1.170
Korrektur Vorsteuerabzug Vorjahre	0	434
Sonstige periodenfremde Aufwendungen	511	162
	<u>641</u>	<u>1.766</u>
	<u><u>4.165</u></u>	<u><u>781</u></u>

#### IV. Vermögens- und Finanzlage

##### Vermögens- und Kapitalstruktur

Nachfolgende Übersicht ergibt sich nach Zusammenfassungen und Saldierungen, die nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgenommen wurden, aus den Bilanzen der beiden letzten Geschäftsjahre. Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind als langfristig behandelt.

Anlage 7 enthält weitere Aufgliederungen und Erläuterungen von ausgewählten Posten des Jahresabschlusses.

	31.12.2007		31.12.2006		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
<b>Vermögen</b>						
Ausstehende Einlagen	0	0,0	2.700	1,6	-2.700	-100,0
Anlagevermögen	151.626	80,3	121.420	69,7	30.206	24,9
Vorräte	1.415	0,7	1.368	0,8	47	3,4
Kurzfristige Forderungen	25.414	13,5	16.720	9,6	8.694	52,0
Flüssige Mittel	4.363	2,3	28.738	16,5	-24.375	-84,8
Übrige Aktiva	6.011	3,2	3.216	1,8	2.795	86,9
	<u>188.829</u>	<u>100,0</u>	<u>174.162</u>	<u>100,0</u>	<u>14.667</u>	<u>8,4</u>
<b>Kapital</b>						
Eigenkapital	54.036	28,6	54.695	31,4	-659	-1,2
Langfristige Verbindlichkeiten	90.209	47,8	76.184	43,7	14.025	18,4
Kurzfristige Verbindlichkeiten	44.584	23,6	43.283	24,9	1.301	3,0
	<u>188.829</u>	<u>100,0</u>	<u>174.162</u>	<u>100,0</u>	<u>14.667</u>	<u>8,4</u>

Die **ausstehenden Einlagen** wurden im Berichtsjahr von der Freien Hansestadt Bremen durch Einbringung des Vermögens der Fidatas mit Wirkung zum 1. Januar 2007 erbracht.

Der Anstieg des **Anlagevermögens** ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Zum einen wurden im Bereich Rechenzentrum erhebliche Investitionen, insbesondere in neue Server, getätigt. Zum anderen wurde in neue Software investiert. Auch die Einbeziehung des Vermögens der Fidatas führte zu einem Anstieg im Anlagevermögen (TEUR 1.425 bei den immateriellen Vermögensgegenständen und TEUR 4.133 bei den Sachanlagen). In diesem Zusammenhang hat das Unternehmen auch einen unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anspruch gegenüber der Freien Hansestadt Bremen erworben, der die bis 31. Dezember 2006 erworbenen Pensionsansprüche der übernommenen Fidatas-Mitarbeiter abdeckt. Darüber hinaus stieg der Anspruch aus der Rückdeckungsversicherung im Berichtsjahr um TEUR 2.447.

Der Anstieg der **kurzfristigen Forderungen** resultiert im Wesentlichen aus der Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen infolge der Ausweitung der Geschäftstätigkeit.

Bezüglich des Rückgangs der **flüssigen Mittel** verweisen wir auf unsere Darstellung der Finanzlage.

Die **langfristigen Verbindlichkeiten** sind im Wesentlichen durch höhere Pensions- und Altersteilzeitrückstellungen angestiegen. Der Anstieg der Pensions- und Altersteilzeitrückstellungen ist begründet in den zum 1. Januar 2007 übernommenen Mitarbeitern der Fidatas.

Der höhere Ausweis der **kurzfristigen Verbindlichkeiten** ist insbesondere auf einen gestiegenen passiven Rechnungsabgrenzungsposten zurückzuführen. Dieser beinhaltet insbesondere Zahlungen, die von Kunden für die Erbringung von zeitraumbezogenen Dienstleistungen geleistet wurden und die zukünftig entsprechend der jeweiligen Vertragslaufzeit ertragswirksam werden.

ENTWURF

## Finanzlage

Die Veränderung des Finanzmittelfonds sowie die dafür ursächlichen Mittelbewegungen werden anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung aufgezeigt:

	2007 <u>TEUR</u>	2006 <u>TEUR</u>
<b>1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>		
Periodenergebnis	-659	743
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	22.632	15.570
Zunahme(+)/Abnahme(-) der Rückstellungen	-1.753	11.409
Abnahme(+)/Zunahme(-) der Ansprüche gegen die Träger aus Pensionsansprüchen	389	-1.346
Verlust aus Anlageabgängen	120	1.170
Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-6.644	-4.011
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	503	10.019
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>14.588</u>	<u>33.554</u>
<b>2. Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>		
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	19	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-29.603	-30.880
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-6.934	-5.222
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	4	6
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.449	-2.141
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	<u>-38.963</u>	<u>-38.237</u>
<b>3. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>		
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	300
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>0</u>	<u>300</u>
<b>4. Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>		
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Zwischensummen 1 - 3)	-24.375	-4.383
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	28.738	33.121
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>4.363</u>	<u>28.738</u>
<b>5. Zusammensetzung des Finanzmittelfonds</b>		
Liquide Mittel	<u>4.363</u>	<u>28.738</u>

## **D. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG**

### **Gegenstand der Prüfung**

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gemäß § 317 HGB die Buchführung, den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - und den Lagebericht auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und der sie ergänzenden Bestimmungen der Satzung geprüft.

Beurteilungskriterien für unsere Prüfung des Jahresabschlusses waren die Rechnungslegungsvorschriften der §§ 242 bis 256 und der §§ 264 bis 288 HGB sowie die ergänzenden Bestimmungen der Satzung. Gemäß § 11 Abs. 2 der Satzung sind für die Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes die Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften anzuwenden. Gemäß § 12 der Satzung ist von dem Gewinn mindestens ein Drittel einer Rücklage zuzuführen, bis diese eine vom Verwaltungsrat mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde festgesetzte Höhe erreicht hat. Prüfungskriterien für den Lagebericht waren die Vorschriften des § 289 HGB.

Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Buchführung, das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem, den Jahresabschluss, den Lagebericht sowie die uns erteilten Auskünfte und vorgelegten Unterlagen. Unsere Aufgabe ist es, diese Unterlagen und Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Auftragsgemäß haben wir die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie die wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens für das abgelaufene Geschäftsjahr nach § 53 HGrG geprüft und die Ergebnisse unserer Prüfung in Anlage 6 dargestellt. Dabei haben wir den "Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) berücksichtigt.

### **Art und Umfang der Prüfung**

Unsere Prüfung haben wir gemäß den Vorschriften der §§ 316 ff. HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Unrichtigkeiten und Verstößen sind.

Auf dieser Basis haben wir die Prüfung des Jahresabschlusses mit der Zielsetzung angelegt, solche Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und die sie ergänzenden Bestimmungen der Satzung zu erkennen, die sich auf die Darstellung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage i. S. d. § 264 Abs. 2 HGB wesentlich auswirken.

Grundlage unseres risiko- und prozessorientierten Prüfungsvorgehens ist die Erarbeitung einer Prüfungsstrategie. Diese basiert auf der Beurteilung des wirtschaftlichen und rechtlichen Umfelds des Unternehmens, seiner Ziele, Strategien und Geschäftsrisiken, die wir anhand kritischer Erfolgsfaktoren beurteilen. Die darauf aufbauende Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und dessen Wirksamkeit ergänzen wir durch Prozessanalysen, die wir turnusmäßig, insbesondere aber bei organisatorischen Umstellungen und Verfahrensänderungen mit dem Ziel durchführen, deren Einfluss auf relevante Jahresabschlussposten zu ermitteln und so die Geschäftsrisiken sowie unser Prüfungsrisiko einschätzen zu können. Die Erkenntnisse aus der Prüfung der Prozesse und des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems haben wir bei der Auswahl der analytischen Prüfungshandlungen (Plausibilitätsbeurteilungen) und der Einzelfallprüfungen hinsichtlich der Bestandsnachweise, des Ansatzes, des Ausweises und der Bewertung im Jahresabschluss berücksichtigt. Wir haben uns zusätzlich auf Gutachten von Versicherungsmathematikern gestützt. Im unternehmensindividuellen Prüfungsprogramm haben wir die Schwerpunkte unserer Prüfung, Art und Umfang der Prüfungshandlungen sowie den zeitlichen Prüfungsablauf und den Einsatz von Mitarbeitern festgelegt. Hierbei haben wir die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Risikoorientierung beachtet und daher unser Prüfungsurteil überwiegend auf der Basis von Stichproben getroffen.

Unsere Prüfungsstrategie für das Berichtsjahr hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Prüfung des Anlagevermögens
- Prüfung der Rückstellungen dem Grunde und der Höhe nach
- Prüfung der aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten



Weiterhin haben wir u. a. folgende Standardprüfungshandlungen vorgenommen:

- Bankbestätigungen haben wir von Kreditinstituten eingeholt. Rechtsanwaltbestätigungen über schwebende Rechtsstreitigkeiten haben wir erbeten.
- Von der zutreffenden Bilanzierung und Bewertung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben wir uns durch Einholung von Saldenbestätigungen nach mathematisch-statistischen Auswahlkriterien in Stichproben überzeugt.

Ziel unserer Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Lageberichts war es festzustellen, ob der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht und ein zutreffendes Bild von der Lage des Unternehmens vermittelt sowie ob die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. In diesem Rahmen waren die Vollständigkeit und - soweit es sich um prognostische Angaben handelt - Plausibilität der Angaben zu prüfen. Wir haben die Angaben unter Berücksichtigung unserer Erkenntnisse, die wir während der Abschlussprüfung gewonnen haben, beurteilt.

Wir haben bei der Prüfung die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und den Prüfungsstandard des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW PS 720) zur Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG in der Fassung vom 6. Oktober 2006 beachtet.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind erteilt worden. Der Vorstand hat uns die Vollständigkeit dieser Aufklärungen und Nachweise sowie der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts schriftlich bestätigt.

## **E. FESTSTELLUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG**

### **I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung**

#### **1. Vorjahresabschluss**

Der Vorjahresabschluss wurde vom Verwaltungsrat in der Sitzung am 5. Juli 2007 festgestellt.

Der Verwaltungsrat beschloss, einen Betrag in Höhe von TEUR 300 der satzungsmäßigen Gewinnrücklage zuzuführen und den restlichen Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Vorjahresabschluss wurde gemäß § 21 des Dataport-Staatsvertrages veröffentlicht.

## **2. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen**

Die Organisation der Buchführung, das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem, der Datenfluss und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle.

Die aus weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen haben zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht geführt.

Die Buchführung entspricht nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

## **3. Jahresabschluss**

Der Jahresabschluss und die dafür angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen den handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung.

Aufbauend auf der von uns geprüften Vorjahresbilanz ist der vorliegende Jahresabschluss aus den Zahlen der Buchführung und aus den weiteren geprüften Unterlagen richtig entwickelt worden.

Der Jahresabschluss ist in entsprechender Anwendung der handelsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung von großen Kapitalgesellschaften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufgestellt worden.

Die Angaben im Anhang sind vollständig und zutreffend.

#### **4. Lagebericht**

Der Lagebericht steht mit dem Jahresabschluss und unseren bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Unternehmens. Unsere Prüfung nach § 317 Abs. 2 Satz 2 HGB hat zu dem Ergebnis geführt, dass im Lagebericht die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB sind vollständig und zutreffend.

### **II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses**

#### **1. Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen**

Der auf der Aktivseite unter den Finanzanlagen ausgewiesene Anspruch gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) zur Deckung von Pensionsverpflichtungen betrifft die im Staatsvertrag seitens der FHH gegebene Deckungszusage für Pensionsverpflichtungen der beim Zusammenschluss des Landesamtes für Informationstechnik (LIT) und der Datenzentrale Schleswig-Holstein Anstalt des öffentlichen Rechts (DZ-SH) übernommenen ehemaligen Mitarbeiter der FHH, soweit die Pensionsansprüche dieser Mitarbeiter bis zum 31. Dezember 2003 entstanden sind. Der Anspruch wird in gleicher Höhe wie die anteiligen Pensionsrückstellungen angesetzt und jährlich versicherungsmathematisch unter Anwendung der "Richttafeln 2005 G" von Prof. Dr. Klaus Heubeck sowie eines Zinssatzes von 4,5 % ermittelt. Entsprechend wird mit den Ansprüchen gegenüber dem Land Mecklenburg-Vorpommern und der Freien Hansestadt Bremen (FHB) verfahren, die aus der Sacheinlage des Landes Mecklenburg-Vorpommern bzw. der FHB und der damit einhergehenden Übernahme der zugehörigen Mitarbeiter zum 1. Januar 2006 bzw. 1. Januar 2007 resultierten.

Die Bewertung der unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Rückdeckungsversicherungsansprüche erfolgt auf der Basis des Rückkaufwertes.

Für die Bewertung von pensionsähnlichen Verpflichtungen sowie für Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen wurde zum 31. Dezember 2007 für den Wertansatz in der Handelsbilanz ein Zinssatz von 4,5 % p. a. zu Grunde gelegt.

Grundlage der Bildung von Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen sind einzelvertragliche Vereinbarungen mit den Mitarbeitern auf der Basis des Altersteilzeitgesetzes vom 23. Juli 1996, gültig in der geänderten Fassung vom 31. Oktober 2006.

Des Weiteren wurde für potenzielle Altersteilzeitvereinbarungen eine Rückstellung auf Grund der Erwartungen des Unternehmens gebildet. Für 50 % der Mitarbeiter, die in der Zukunft die Altersteilzeit in Anspruch nehmen könnten, wurde auf Basis eines durchschnittlichen Aufstockungsbetrages eine Rückstellung gebildet. Diese wurde mit einem Zinssatz von 4,5 % p.a. abgezinst. Im Berichtsjahr wurden erstmals alle Mitarbeiter, die den Geburtsjahrgängen 1943 bis 1945 angehören, aus der Berechnung wieder herausgenommen, da das Unternehmen es als unwahrscheinlich einschätzt, dass diese Mitarbeiter noch einen Altersteilzeitvertrag eingehen. Hieraus ergab sich eine Auflösung der gebildeten Rückstellung für potenzielle Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von TEUR 526.

Bei den Rückstellungen für latente Pensionsrisiken wurde das in der Berechnung des Gutachtens zugrunde gelegte durchschnittliche Eintrittsalter aufgrund aktualisierter statistischer Erhebungen von 59 1/2 Jahre auf 61 3/12 Jahre angehoben. Durch diese Anpassung des durchschnittlichen Eintrittsalters ergab sich ein Auflösungsbetrag in Höhe von TEUR 1.527.

Im Geschäftsjahr 2005 hatte sich Dataport gegenüber der FHH und dem Land Schleswig-Holstein verpflichtet, in den Jahren 2006 und 2007 so genannte Synergieleistungen im Wert von EUR 2 Mio. zu erbringen. Die Rückstellung wurde im Geschäftsjahr 2006 in Höhe von EUR 1 Mio. ertragswirksam aufgelöst, weil die Leistungen im Geschäftsjahr 2006 nicht von den Trägern in Anspruch genommen wurden. Im Berichtsjahr wurden diese Leistungen in Höhe von TEUR 485 in Anspruch genommen, der verbleibende Betrag von TEUR 515 wurde erfolgswirksam aufgelöst, da mit einer zukünftigen weiteren Inanspruchnahme nicht mehr gerechnet wird.

Das Unternehmen hatte im Geschäftsjahr 2006 von dem Wahlrecht gemäß § 249 Abs. 1 S. 3 HGB Gebrauch gemacht und aufwandswirksam einen Betrag von TEUR 2.543 einer Rückstellung für im Geschäftsjahr 2006 unterlassene Instandhaltung zugeführt. Diese Rückstellung wurde im Berichtsjahr bis auf einen Betrag von TEUR 581 in Anspruch genommen. Der Restbetrag von TEUR 581 wird als Aufwandsrückstellung gemäß § 249 Abs. 2 HGB fortgeführt.

Das Unternehmen hat aufgrund einer geänderten Einschätzung des Gewährleistungsrisikos die Rückstellungen für Gewährleistungsverpflichtungen in Höhe eines Betrags von TEUR 330 aufgelöst.

Zu den weiteren Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verweisen wir auf den Anhang zum Jahresabschluss (Anlage 3).

## **2. Zusammenfassende Beurteilung**

Nach unserer pflichtgemäß durchgeführten Prüfung sind wir - unter Würdigung der erläuterten wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen - zu der Beurteilung gelangt, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt.

### **F. FESTSTELLUNGEN AUS DER ERWEITERUNG DES PRÜFUNGS-AUFTRAGS NACH § 53 HGRG**

Wir haben bei unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Satzung geführt worden sind.

Die Prüfung gemäß § 53 HGrG hat über die in der Anlage 6 des vorliegenden Berichts getroffenen Feststellungen hinaus keine weiteren Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse des Unternehmens von Bedeutung sind.

## **G. BESTÄTIGUNGSVERMERK**

Zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

"Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Dataport - Anstalt des öffentlichen Rechts -, Altenholz, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Unternehmens und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Hamburg, 14. April 2008

Ernst & Young AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft

gez. Götze  
Wirtschaftsprüfer

gez. Quost  
Wirtschaftsprüfer

ENTWURF

**Dataport - Anstalt des öffentlichen Rechts -, Altenholz**  
**Bilanz zum 31. Dezember 2007**

AKTIVA	31.12.2006		PASSIVA	31.12.2006	
	EUR	EUR		EUR	EUR
<b>A. AUSSTEHENDE EINLAGEN AUF DAS STAMMKAPITAL</b>		<u>0,00</u>	<b>A. EIGENKAPITAL</b>		
<b>B. ANLAGEVERMÖGEN</b>			<b>I. Stammkapital</b>	36.000.000,00	36.000.000,00
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			<b>II. Kapitalrücklage</b>	16.850.331,76	16.850.331,76
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	12.107.369,96	<u>8.818.136,93</u>	<b>III. Gewinnrücklage</b>		
<b>II. Sachanlagen</b>			Satzungsmäßige Rücklage	800.000,00	747.551,81
1. Grundstücke und Bauten	17.077.499,82	17.419.302,50	<b>IV. Bilanzgewinn</b>	<u>385.729,58</u>	<u>1.097.273,18</u>
2. Technische Anlagen und Maschinen	52.253.399,00	39.759.710,82		<u>54.036.061,34</u>	<u>54.695.156,75</u>
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.310.857,68	3.494.339,93	<b>B. RÜCKSTELLUNGEN</b>		
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>1.667.771,41</u>	<u>3.600.616,14</u>	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	78.762.234,00	67.174.059,00
	80.309.527,91	<u>64.273.969,39</u>	2. Steuerrückstellungen	100.738,26	1.200.042,54
<b>III. Finanzanlagen</b>			3. Sonstige Rückstellungen	<u>21.095.695,72</u>	<u>21.377.237,59</u>
1. Sonstige Ausleihungen	52.193,00	53.919,31		<u>99.958.667,98</u>	<u>89.751.339,13</u>
2. Ansprüche gegen die Träger zur Deckung von Pensionsverpflichtungen	51.787.933,00	43.352.389,00	<b>C. VERBINDLICHKEITEN</b>		
3. Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen	<u>7.368.837,70</u>	<u>4.921.905,10</u>	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3,20	0,00
	59.208.963,70	<u>48.328.213,41</u>	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	328.861,32	0,00
	<u>151.625.861,57</u>	<u>121.420.319,73</u>	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 328.861,32 (Vj.: EUR 0,00)		
<b>C. UMLAUFVERMÖGEN</b>			3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20.492.108,73	23.378.697,96
<b>I. Vorräte</b>			davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 20.492.108,73 (Vj.: EUR 23.378.697,96)		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.301.768,13	1.254.881,96	4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12.581,83	0,00
2. Waren	<u>113.210,77</u>	<u>113.210,77</u>	5. Sonstige Verbindlichkeiten	2.046.121,20	1.261.257,60
	1.414.978,90	<u>1.368.092,73</u>	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 2.046.121,20 (Vj.: EUR 1.261.257,60)		
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>			davon aus Steuern: EUR 1.435.533,80 (Vj.: EUR 932.649,52)		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	24.625.008,43	14.539.697,96	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 186,23 (Vj.: EUR 198.990,87)		
2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	96.587,84	132.257,35		<u>22.879.676,28</u>	<u>24.639.955,56</u>
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>692.368,48</u>	<u>2.048.050,40</u>	<b>D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>	<u>11.954.305,45</u>	<u>5.076.009,34</u>
	25.413.964,75	<u>16.720.005,71</u>			
<b>III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten</b>	4.363.170,49	<u>28.738.142,82</u>			
	<u>31.192.114,14</u>	<u>46.826.241,26</u>			
<b>D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>	<u>6.010.735,34</u>	<u>3.215.899,79</u>			
	<u>188.828.711,05</u>	<u>174.162.460,78</u>		<u>188.828.711,05</u>	<u>174.162.460,78</u>



**Dataport - Anstalt des öffentlichen Rechts -, Altenholz**  
**Gewinn- und Verlustrechnung für 2007**

	EUR	EUR	2006 EUR
1. Umsatzerlöse		234.349.069,88	212.539.869,69
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		420.263,90	325.015,38
3. Sonstige betriebliche Erträge		<u>5.102.841,63</u>	<u>2.697.804,74</u>
4. Gesamtleistung		239.872.175,41	<u>215.562.689,81</u>
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	29.359.832,88		33.192.209,33
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>72.740.732,96</u>		<u>60.552.161,68</u>
		<u>102.100.565,84</u>	<u>93.744.371,01</u>
6. Rohergebnis		137.771.609,57	<u>121.818.318,80</u>
7. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	64.910.760,89		55.079.417,37
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 12.297.756,71 (Vj.: EUR 11.140.830,66)	<u>22.045.520,27</u>		19.660.696,60
		86.956.281,16	<u>74.740.113,97</u>
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		22.631.734,13	15.569.959,50
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen		<u>28.796.171,16</u>	<u>31.376.871,87</u>
		<u>51.427.905,29</u>	<u>46.946.831,37</u>
10. Betriebsergebnis		-612.576,88	<u>131.373,46</u>
11. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.623,24		6.382,76
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	118.392,08		633.091,12
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>125.404,89</u>		<u>135,08</u>
		-4.389,57	<u>639.338,80</u>
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-616.966,45	<u>770.712,26</u>
15. Sonstige Steuern		<u>42.128,96</u>	<u>28.056,84</u>
16. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss		-659.095,41	742.655,42
17. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		1.097.273,18	690.355,88
18. Einstellung in die Gewinnrücklage		<u>52.448,19</u>	<u>335.738,12</u>
19. Bilanzgewinn		<u>385.729,58</u>	<u>1.097.273,18</u>

**Anhang für 2007**  
**der**  
**Dataport**  
**- Anstalt des öffentlichen Rechts -, Altenholz**

**I. Allgemeine Angaben**

Der Jahresabschluss von Dataport für das Geschäftsjahr 2007 wurde entsprechend der Satzung nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Die Bilanz ist nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des HGB gegliedert (§ 266 HGB).

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Absatz 2 HGB) erstellt.

**II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze**

Datenverarbeitungsprogramme und Lizenzen werden zu Anschaffungskosten angesetzt und über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben (bis zu fünf Jahren).

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs-/Herstellungskosten angesetzt und über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wie folgt linear abgeschrieben:

	<u>Nutzungsdauer</u> <u>Jahre</u>
Bauten	33 - 40
Technische Anlagen und Maschinen	5 - 19
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 - 15

Die Abschreibungen werden pro rata temporis vorgenommen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten ohne Umsatzsteuer bis zu EUR 410,00 werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben und nach der be-

triebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von in der Regel fünf Jahren als Abgang ausgewiesen.

Die Beteiligung an der komMIT ist aufgrund der nachhaltig in geringer Höhe geplanten Jahresergebnisse weiterhin mit EUR 0,00 bewertet.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Ansprüche gegen die Träger zur Deckung von Pensionsverpflichtungen betreffen die im Staatsvertrag seitens der Länder gewährten Deckungszusagen für die Anteile der Pensionsverpflichtung, die durch die Pensionsansprüche der ehemaligen Mitarbeiter bis zum Beitritt – d.h. bis zum 31.12.2003 (für Hamburg), bis zum 31.12.2005 (für Mecklenburg-Vorpommern) bzw. bis zum 31.12.2006 (für Bremen) - entstanden sind. Die Ansprüche werden in Höhe der gedeckten anteiligen Pensionsrückstellung ausgewiesen und jährlich versicherungsmathematisch fortgeschrieben.

Die Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen sind in Höhe des Rückkaufwertes bilanziert.

Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgt überwiegend zu gleitenden Durchschnittspreisen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden zu Nennwerten angesetzt; für erkennbare Einzelrisiken und sonstige latente Risiken wurden Wertberichtigungen gebildet.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden nach der Teilwertmethode auf der Basis eines Zinsfußes von 4,5 % p.a. bewertet. Den Rückstellungen liegen die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde.

Sonstige Rückstellungen beinhalten sämtliche erkennbare Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten. Vor dem Hintergrund des Passivierungswahlrechts gemäß § 249 II HGB sind für dem Geschäftsjahr zuzuordnende Aufwendungen Rückstellungen gebildet worden. Die sonstigen Rückstellungen sind insgesamt nach den Grundsätzen vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung bewertet worden.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde auf der Basis der Einzelverträge konkret je Einzelfall gebildet. Hinsichtlich der künftigen potenziellen Fälle wurde von einer Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme durch die Mitarbeiter von 50 % ausgegangen und unter Berücksichtigung einer Abzinsung von 4,5 % eine Rückstellung gebildet.

Die Verbindlichkeiten werden zu Rückzahlungsbeträgen bilanziert.

### III. Erläuterungen zur Bilanz

#### Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens einschließlich der Abschreibungen für das Jahr 2007 ist im Anlagenspiegel dargestellt.

#### Finanzanlagen

Dataport hält eine Beteiligung an der kommIT, der mit EUR 0,00 bewertet ist.

#### Angaben zum Anteilsbesitz

Unternehmen / Sitz	Höhe des Anteils am Kapital %	Eigenkapital T€	Ergebnis des Geschäfts- jahres 2006 T€
komm/IT Gesellschaft für Informationstechnik mbH, Köln	33,3	-1.336	+ 322

Ansprüche gegen die FHH, das Land Mecklenburg-Vorpommern und die FHB zur Deckung von Pensionsrückstellungen und Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen

Die Forderung gegen die Freie und Hansestadt Hamburg resultiert aus den im Staatsvertrag gewährten Ansprüchen zur Deckung von Pensionsrückstellungen für die im Rahmen der Fusion übernommenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, soweit die Pensionsansprüche bis zum 31.12.2003 erworben wurden, und beläuft sich auf 41.493.198 €.

Gegenüber dem Land Mecklenburg-Vorpommern besteht gemäß dem Staatsvertrag ein Anspruch zur Deckung von Pensionsrückstellungen für die im Rahmen der Fusion übernommenen Beamtinnen und Beamten, soweit diese Pensionsansprüche bis zum 31.12.2005 erworben wurden, in Höhe von 1.231.938 €.

Die Forderung gegen die Freie Hansestadt Bremen resultiert aus den im Staatsvertrag gewährten Ansprüchen zur Deckung von Pensionsrückstellungen für die im Rahmen der Fusion übernommenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, soweit diese Pensionsansprüche bis zum 31.12.2006 erworben wurden, und beläuft sich auf 9.062.797 €.

Der erreichte Rückkaufwert aus einer bei der Volksfürsorge abgeschlossenen Rückdeckungsversicherung beträgt 7.368.838 €.

Vorräte

Die Vorräte setzen sich wie folgt zusammen:

Vorräte	€
Material Netztechnik	1.603.629
Datenverarbeitungsmaterial	23.205
Sonstiges Material	25.597
Sonstige Vorräte (Heizöl)	249.337
Wertberichtigung Vorräte	-600.000
Waren	113.211
<b>Summe</b>	<b>1.414.979</b>

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen insgesamt 24.625.008 € und bestehen hauptsächlich gegenüber Verwaltungseinheiten der Träger. Wertberichtigungen wurden in Höhe von 227.590 € vorgenommen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von insgesamt 692.368 € enthalten u. a. Erstattungsansprüche gegen das Sondervermögen Hamburgisches Telekommunikationsnetz, Vorsteuererstattungsansprüche sowie debitorische Kreditoren.

Der Kassen- und Portobestand und die Guthaben bei Kreditinstituten stellen sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

Kassen-, Portobestand und Guthaben bei Kreditinstituten	€
Kassenbestand	4.898
Portobestand	267.055
Guthaben bei Kreditinstituten	4.091.217
<b>Summe</b>	<b>4.363.170</b>

Rechnungsabgrenzungsposten

In der Summe der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (6.011 T€) sind neben den Vorauszahlungen der Beamtenbezüge (1.066 T€) überwiegend abgegrenzte Programmieten und Programmpflegeaufwendungen enthalten.

Eigenkapital

Gemäß § 2 Absatz 1 des geänderten Staatsvertrags wird das Stammkapital seit dem 1. Januar 2006 mit 36 Mio. € ausgewiesen. Der über das Stammkapital in der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2004 hinausgehende Betrag des Reinvermögens von 16.850 T€ wird unverändert als Kapitalrücklage ausgewiesen. Es besteht eine Gewinnrücklage von 800 T€. Der in 2007 erzielte Jahresfehlbetrag beträgt 659.095 €. Unter Berücksichtigung des bestehenden Gewinnvortrags in Höhe in Höhe von 1.097.273,18 ergibt sich ein Bilanzgewinn von 385.729,58 €.

Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen belaufen sich auf insgesamt 78.762.234 € (Vorjahr 67.174 T€). Hierin sind Rückstellungen für pensionsähnliche Nebenleistungen (Beihilfen) von insgesamt 13.069.480 € (Vorjahr 11.024 T€) enthalten.

Die Sonstigen Rückstellungen belaufen sich insgesamt auf 21.095.696 € (Vorjahr 21.377 T€) und betreffen folgende Positionen:

- Altersteilzeitverpflichtungen und Vorruhestandsmaßnahmen	11.447.110 €
- Urlaubsverpflichtungen / Überstunden	4.024.036 €
- Ausstehende Lieferantenrechnungen	2.957.479 €
- Personalaufwendungen	1.004.770 €
- Aufwandsrückstellungen	581.075 €
- Jubiläumsrückstellung	250.000 €
- Gewährleistungsrisiken	190.000 €
- Übrige Rückstellungen	<u>41.226 €</u>
	<u>21.095.696 €</u>

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betragen insgesamt 20.492.109 €, die Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt 1.435.534 €.

Andere sonstige Verbindlichkeiten belaufen sich auf 610.587 €; davon betreffen 281.682 € den Ausweis kreditorischer Debitoren.

Sicherheiten für Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen nur in einem geringfügigen branchenüblichen Umfang (Eigentumsvorbehalte).

Rechnungsabgrenzungsposten

In der Summe der passiven Rechnungsabgrenzungsposten von 11.954.305 € sind im Wesentlichen diverse abgegrenzte Zahlungen für in Folgejahren zu erbringende Leistungen (Ausbau des Fileservices, Geoserver, Infrastrukturmaßnahmen) und Dienstleistungen (Hardware Management ESARI) enthalten.

ENTWURF



#### IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

##### Umsatzerlöse

Dataport erzielte Umsatzerlöse im Jahr 2007 in Höhe von insgesamt 234,3 Mio. € (Vorjahr: 212,5 Mio. €). Sie setzen sich zusammen aus Leistungserlösen (190,8 Mio. €), Handelsgeschäft (32,4 Mio. €), durchlaufenden Portoleistungen (7,3 Mio. €) und sonstigen Erlösen (3,9 Mio. €).

##### Sonstige betriebliche Erträge

Sie belaufen sich auf insgesamt 5.103 T€ (Vorjahr: 2.698 T€). Sie betreffen insbesondere die Auflösung von Rückstellungen (4.348 T€) und andere periodenfremde Erträge (359 T€).

##### Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren

Der Gesamtaufwand von 29,4 Mio. € (Vorjahr 33,2 Mio. €) betrifft mit 26,2 Mio. € den Wareneinsatz für das Handelsgeschäft. Der Rest ist überwiegend Verbrauch von Materialien für Telefonie und Datenverarbeitung.

##### Aufwendungen für bezogene Leistungen

Die Gesamtaufwendungen für bezogene Leistungen belaufen sich auf 72,7 Mio. € (Vorjahr 60,6 Mio. €). Sie betreffen u.a. durchlaufende Postgebühren mit 7,8 Mio. €, Softwarepflege und –mieten mit 20,6 Mio. €, Fremdleistungen Personal mit 25,4 Mio. €, Instandhaltungsaufwand für DV- und TK-Anlagen sowie für Übertragungstechnik und sonstige technische Einrichtungen mit insgesamt 8,3 Mio. €, kundenbezogenen Telefonaufwand und Leitungsmieten mit 7,4 Mio. €, Aufwand Kundenauftragsarbeiten (1,9 Mio. €), EDV-Aufwand (0,9 Mio. €) sowie Dozenten-honorare mit 0,4 Mio. €.

##### Personalaufwand

Der Personalaufwand von 87,0 Mio. € (Vorjahr:74,7 Mio. €) betrifft mit 64,9 Mio. € Löhne und Gehälter sowie mit 22,0 Mio. € den Aufwand für soziale Abgaben und Altersversorgung sowie für Beihilfen und Unterstützungsleistungen. Der Aufwand für Altersversorgung enthält neben dem Aufwand an verschiedene Kassen auch die erforderlichen Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen, Beihilfen und Vorruhestand.

### Abschreibungen

Die Abschreibungen belaufen sich auf insgesamt 22,6 Mio. € (Vorjahr 15,6 Mio. €). Es sind keine außerplanmäßigen Abschreibungen angefallen.

### Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 28,8 Mio. € (Vorjahr 31,4 Mio. €) enthalten im Wesentlichen:

- Erstattungen für die Nutzung des Sondervermögens Hamburgisches TK-Netz (9,5 Mio. €)
- Raummieten (3,6 Mio. €)
- Bewirtschaftungskosten Grundstücke und Gebäude (2,4 Mio. €)
- Verwaltungsbezogene Fremdleistungen (2,0 Mio. €)
- Energiekosten (1,9 Mio. €)
- Aus- und Fortbildung (Fremdschulung) (1,6 Mio. €)
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Diensten (1,4 Mio. €)
- Instandsetzung technische Einrichtungen (1,3 Mio. €)
- Reisekosten (0,8 Mio. €)
- Personalbeschaffung (0,6 Mio. €)
- Kraftfahrzeugkosten (0,6 Mio. €)
- Aperiodische sonstige betriebliche Aufwendungen (0,6 Mio. €)

### Zinserträge

Die Zinserträge belaufen sich auf insgesamt 118 T€ (Vorjahr: 633 T€).

### Zinsaufwendungen

Der Zinsaufwand beträgt 125 T€ (Vorjahr: 0 T€).

**V. Sonstige Angaben**

a) Organe, Organkredite und Aufwendungen für Organe

Mitglieder des Verwaltungsrates

Klaus Schlie, Vorsitzender bis 31.12.2007, stv. Vorsitzender ab 01.01.2008  
Staatssekretär beim Finanzministerium Schleswig-Holstein

Dr. Robert Heller, stv. Vorsitzender bis 31.12.2007, Vorsitzender ab 01.01.2008  
Staatsrat bei der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Helge Carstensen (ab 25.06.2007)  
Dataport-Personalrat, Altenholz

Jan-Christian Erps (bis 31.12.2007)  
Geschäftsführer Landkreistag Schleswig-Holstein

Axel Feist (ab 25.06.2007)  
Dataport-Personalrat, Hamburg

Hinnerk Fock (bis 10.09.2007)  
Bezirksamtsleiter beim Bezirksamt Altona

Burckhard Frommann (bis 24.06.2007)  
Dataport-Personalrat, Hamburg

Dr. Detlef Gottschalck  
Staatsrat bei der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Ulrich Lorenz  
Staatssekretär beim Innenministerium Schleswig-Holstein

Hans-Henning Lühr  
Staatsrat bei der Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen

Dr. Jost Mediger  
Staatssekretär beim Finanzministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Horst Striebich (bis 31.12.2007)  
Bürgermeister der Gemeinde Altenholz

Harald Rösler  
Verwaltungsdezernent beim Bezirksamt Hamburg-Nord

Birgit Seiler (bis 24.06.2007)  
Dataport-Personalrat, Altenholz

Jürgen Warmke-Rose (ab 11.09.2007)  
Bezirksamtsleiter beim Bezirksamt Altona

Mitglieder des Vorstandes von Dataport

Matthias Kammer, Vorsitzender  
Jörg Krüger (bis 05.07.2007)  
Dr. Johann Bizer (ab 01.02.2008)  
Dr. Sebastian Saxe

Organkredite

Vorschüsse und Kredite an Organmitglieder wurden nicht gewährt.

Aufwendungen für Organe

Die Gesamtbezüge des Vorstandes beliefen sich 2007 auf 318.058,70 €.

Die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands beliefen sich 2007 auf 79.571 €. Die Rückstellungen für laufende Pensionen für diese Personengruppe betragen zum 31.12.2007 875.283 €.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten keine Bezüge.

b) Weitere Angaben

Neben den in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 57,4 Mio. € für das Jahr 2008 für diverse Verträge mit unterschiedlichen Vertragslaufzeiten bis maximal 2018 und unterschiedlichen Kündigungsfristen, insbesondere für Miete und Wartung/Pflege von DV-Anlagen/Programmen, haustechnische Anlagen, Raummieten, Versicherungen etc.

Der Personalbestand betrug im Durchschnitt:

		<u>2007</u>
Vorstand		3
Arbeitnehmer:		
Beamte/Beamtinnen	360	
Beschäftigte	<u>1.118</u>	<u>1.478</u>
		<u>1.481</u>

Altenholz, den 30. März 2008

Dataport, Anstalt des öffentlichen Rechts

(Matthias Kammer)

(Dr. Sebastian Saxe)

(Dr. Johann Bizer)

ENTWURF

**Dataport - Anstalt des öffentlichen Rechts -, Altenholz**  
**Entwicklung des Anlagevermögens 2007**

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				31.12.2007	Kumulierte Abschreibungen			Buchwerte		
	1.1.2007	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen		1.1.2007	Zugänge	Abgänge	31.12.2007	31.12.2007	31.12.2006
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>											
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	18.573.921,09	8.359.095,73	0,00	247.698,03	27.180.714,85	9.755.784,16	5.317.560,73	0,00	15.073.344,89	12.107.369,96	8.818.136,93
<b>II. Sachanlagen</b>											
1. Grundstücke und Bauten	19.485.156,03	445.681,87	0,00	195.450,80	20.126.288,70	2.065.853,53	982.935,35	0,00	3.048.788,88	17.077.499,82	17.419.302,50
2. Technische Anlagen und Maschinen	62.881.482,29	22.151.812,04	947.340,37	3.044.114,46	87.130.068,42	23.121.771,47	12.594.690,07	839.792,12	34.876.669,42	52.253.399,00	39.759.710,82
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.512.966,17	9.489.428,85	139.418,63	92.848,26	17.955.824,65	5.018.626,24	3.736.547,98	110.207,25	8.644.966,97	9.310.857,68	3.494.339,93
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.600.616,14	1.649.435,46	2.168,64	-3.580.111,55	1.667.771,41	0,00	0,00	0,00	0,00	1.667.771,41	3.600.616,14
	94.480.220,63	33.736.358,22	1.088.927,64	-247.698,03	126.879.953,18	30.206.251,24	17.314.173,40	949.999,37	46.570.425,27	80.309.527,91	64.273.969,39
<b>III. Finanzanlagen</b>											
1. Sonstige Ausleihungen	53.919,31	1.822,73	3.549,04	0,00	52.193,00	0,00	0,00	0,00	0,00	52.193,00	53.919,31
2. Ansprüche gegen die Träger zur Deckung von Pensionsverpflichtungen	43.352.389,00	10.595.953,00	2.160.409,00	0,00	51.787.933,00	0,00	0,00	0,00	0,00	51.787.933,00	43.352.389,00
3. Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen	4.921.905,10	2.446.932,60	0,00	0,00	7.368.837,70	0,00	0,00	0,00	0,00	7.368.837,70	4.921.905,10
	48.328.213,41	13.044.708,33	2.163.958,04	0,00	59.208.963,70	0,00	0,00	0,00	0,00	59.208.963,70	48.328.213,41
	161.382.355,13	55.140.162,28	3.252.885,68	0,00	213.269.631,73	39.962.035,40	22.631.734,13	949.999,37	61.643.770,16	151.625.861,57	121.420.319,73

## **Dataport - Anstalt des öffentlichen Rechts -, Altenholz**

### **LAGEBERICHT 2007**

---

#### **Geschäfts- und Rahmenbedingungen**

Dataport ist der Dienstleister für moderne, zukunftssichere Informations- und Kommunikationstechnik der öffentlichen Verwaltung in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg, in Schleswig-Holstein einschließlich der Kommunen in Schleswig-Holstein sowie der Steuerverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern (Data Center Steuern).

Dataport wurde zum 1. Januar 2004 als Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Altenholz gegründet. Das Unternehmen entstand aus der Fusion der Datenzentrale Schleswig-Holstein, des Landesamtes für Informationstechnik der Freien und Hansestadt Hamburg sowie der Zentralstelle Informations- und Kommunikationswesen der Bezirksverwaltung im Senatsamt für Bezirksangelegenheiten der Freien und Hansestadt Hamburg. Seit dem 01.01.2006 gehören auch das Land Mecklenburg-Vorpommern sowie die Freie Hansestadt Bremen zu den Trägern und Kunden des Unternehmens. Das Gesetz zur Änderung des Staatsvertrages aus Anlass der Beitritte wurde am 20.12.2005 veröffentlicht.

Das Wachstum von Dataport ist wesentlich durch die fusionsbedingte Übernahme der Aufgaben der Fidatas der Freien Hansestadt Bremen und von der ID Bremen GmbH, sowie durch die Übernahme des Support von 20.000 PC in der hamburgischen Verwaltung (Projekt ESARI/30K), durch neue Aufgabenfelder wie den Spiegelbestand Meldewesen, aber auch durch Steigerungen in vielen Produktbereichen geprägt. Damit verbunden sind ebenfalls Erhöhungen in den umsatzbezogenen Material- und Personalaufwendungen. Das Jahresergebnis ist durch Vorleistungen (z.B. externes Organisationsgutachten mit der Zielrichtung der Verschlinkung und Optimierung von Prozessabläufen), aber auch durch die bei konstanten Entgelten somit nicht weiter gereichte MWSt-Erhöhung von 3 %-Punkten trotz des Anfalls von signifikanten Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen von insgesamt 743 T€ auf – 659 T€ gesunken.

## Ertragslage

Auch das vierte Geschäftsjahr seit Gründung von Dataport ist durch starke Aufgaben- und Erlöszuwächse gekennzeichnet. Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 234,3 Mio. € und zeigen mit einer Steigerung von 21,8 Mio. € bzw. 10,3 % erneut einen zweistelligen Zuwachs. Während das Handelsgeschäft mit 32,5 Mio. € (Vorjahr 32,4 Mio. €) auf einem hohen Niveau verharrt und die durchlaufenden Portoleistungen mit 7,3 Mio. € (Vorjahr 10,6 Mio. €) rückläufig waren, haben die übrigen Erlöse, die überwiegend Leistungserlöse betreffen, mit einer Steigerung um 25,1 Mio. € auf 194,6 Mio. € (Vorjahr 169,5 Mio. €) stärker als die Gesamterlöse zugelegt. Hiervon entfielen 18,4 Mio. € auf die fusionsbedingten Zuwächse mit Bremen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen bei 5,1 Mio. € (Vorjahr 2,7 Mio. €) und betreffen vorwiegend Rückstellungsaufösungen.

Im Zusammenhang mit dem Erlöswachstum und diversen zukunftsorientierten Investitionen und anderen Maßnahmen sind die betrieblichen Gesamtaufwendungen, von 215,4 Mio. € auf 240,5 Mio. € stärker angestiegen als die betrieblichen Gesamterträge. Die Steigerung wurde überwiegend bestimmt durch die Übernahme von Aufgaben aus Bremen und einer damit verbundenen Einrichtung einer neuen Betriebsstätte in der Hansestadt, aber auch durch die allgemeine Mehrwertsteuererhöhung, Beratungsleistungen und eingeleitete Maßnahmen der Qualitäts- und Zukunftssicherung. Die Zunahme betrifft nahezu alle Aufwandskategorien.

Im Personalaufwand ist eine Rückstellungszuführung von 3,1 Mio. € (Vorjahr 2,6 Mio. €) zur Abdeckung der in 2006 erworbenen Pensionsansprüche der zum 1.1.2004 aus Hamburg auf Dataport übergeleiteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der zum 1.1.2006 von Mecklenburg-Vorpommern und der zum 1.1.2007 von Bremen übernommenen Beamtinnen und Beamten abgebildet. Auch in den Folgejahren werden wesentliche Beträge aufwandswirksam. Auswirkungen auf die Liquidität ergeben sich erst bei eintretenden Versorgungsfällen, soweit den Pensionsverpflichtungen keine Erstattungsansprüche gegen die Träger gegenüberstehen. Für die zum 1.1.2004 abgeschlossene Rückdeckungsversicherung hat sich der bilanzierte Aktivwert in 2007 um 2,4 Mio. € auf 7,4 Mio. € erhöht.

Das eingesetzte Personal liegt im Jahresdurchschnitt 2007 bei 1.481 Personenjahren (Vorjahr 1.237 Personenjahre). Der Kapazitätsanstieg betraf mit 172 Vollkräften die Übernahme von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fidatas in Bremen zum 1.1.2007. Hier wurden bereits im Laufe des Jahres für ca. 65 Vollkräfte bedarfsbezogene Umsetzungen auf andere Aufgabenbereiche von Dataport vorgenommen, die am Standort Bremen wahrgenommen werden können. Im Projekt ESARI/30K wurde die Kapazität gegenüber dem Vorjahr um jahresdurchschnittlich 18 auf 106 Vollkräfte erhöht.



In der Betriebsstätte Data Center Steuern in Rostock ist die Kapazität um 5 auf jahresdurchschnittlich 60 Vollkräfte aufgestockt worden. Für alle übrigen Aufgabenbereiche von Dataport ist die Personalzahl bei steigendem Aufgabenvolumen um 49 auf 1.143 Personenjahre angestiegen.

Für die aufgabengerechte Anpassung und Modernisierung, insbesondere der IT-Infrastruktur, wurden Investitionen von insgesamt 42,1 Mio. € (Vorjahr 39,1 Mio. €) getätigt, so dass die Abschreibungen – auch als Auswirkung der hohen Investitionen im Vorjahr – um 7,1 Mio. € gestiegen sind.

Das Zinsergebnis war trotz des hohen Investitionsvolumens insgesamt noch ausgeglichen (Vorjahr 0,6 Mio. €), wobei insbesondere in der zweiten Jahreshälfte zeitweise der Betriebsmittelkredit in Anspruch genommen werden musste.

Insgesamt wurde für das Unternehmen bei Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen von 4.348 T€ ein Jahresfehlbetrag von 659 T€ erzielt (Vorjahr Jahresüberschuss von 743 T€).

### **Finanzlage**

Die finanzielle Entwicklung ist in 2007 insbesondere durch das hohe Investitionsaufkommen geprägt. Die finanziellen Verpflichtungen konnten aber insgesamt aus eigenen Mitteln und durch die zeitweise Inanspruchnahme des Betriebsmittelkredites erfüllt werden. Eine Aufnahme von Investitionskrediten wurde noch nicht erforderlich. Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit ist positiv.

### **Vermögenslage**

Die Analyse der Vermögensentwicklung zeigt in 2007 einige Umbrüche.

Das Anlagevermögen war zum 31.12.2007 nicht mehr vollständig durch Eigenkapital und langfristige Verbindlichkeiten (Pensionsrückstellungen, Rechnungsabgrenzungsposten) gedeckt. Eine mögliche fristengerechte Struktur durch Aufnahme von Investitionskrediten war wegen der damit verbundenen Belastung des Zinsergebnisses nicht sinnvoll.

Die flüssigen Mittel in Form von Festgeldern wurden zur Finanzierung des hohen Investitionsvolumens vollständig verbraucht.

Die Investitionen im Geschäftsjahr 2007 von 42,1 Mio. € betreffen insbesondere die interne DV-Ausstattung (hier vorwiegend Server des Rechenzentrums), die DV-Software, die Leitungsinfrastruktur sowie kundenfinanzierte DV-Ausstattungen (Standard Ersatz Bedarf).

### **Entwicklung der IT-Branche**

Die konjunkturelle Dynamik der IT-Branche hat sich zwar auch in 2007 weiter verbessert. Insgesamt ist jedoch noch keine deutliche Abnahme der Konsolidierungsaktivitäten zu beobachten. Die IT-Branche steht immer noch unter einem erheblichen Konzentrationsdruck.

In den früheren Jahren wurden im öffentlichen Bereich IT-Konsolidierungs- und Konzentrationsvorhaben vergleichsweise wenig diskutiert und durchgeführt. Derzeit scheinen sich jedoch im Zuge der sichtbar gelungenen Aufstellung von Dataport als öffentlicher länderübergreifender IT-Dienstleister weitere Länder zu ebensolcher Zusammenarbeit im IT-Bereich zusammenzufinden. Gemäß den Verabredungen der Finanzministerkonferenz werden die Möglichkeiten einer weiteren Konsolidierung der IT-Landschaft im öffentlichen Bereich weiter verfolgt.

Dies bedeutet lang- bis mittelfristig für das Segment der öffentlichen IT insgesamt einen deutlichen Konzentrationsprozess. Diese Konzentration verspricht einerseits die IT-Standardisierung und die Erreichung effizienterer Größenordnungen zu fördern, kann andererseits aber auch die Wettbewerbsposition von Dataport verändern. Auf jeden Fall besteht seitens der Träger und Kunden der öffentlichen IT-Dienstleister aufgrund der knappen Haushaltsentwicklung weiterhin Motivation zur IT-Standardisierung und zur Realisierung von Synergien aus Konzentration.

### **Risiken der künftigen Entwicklung**

Dataport ist als öffentlicher IT-Dienstleister einer Reihe von Risiken, schwer abzuschätzenden Rahmenbedingungen und Entwicklungen ausgesetzt, die sich unmittelbar aus der Aufgabenstellung ergeben. Es können insbesondere die folgenden genannt werden:

- Die Mittel der öffentlichen Haushalte in den Trägerländern sind weiterhin knapp und damit auch die Mittel für die Investitionen in und den Betrieb von neuen IT-Lösungen bzw. für die Konsolidierung von vorhandenen Lösungen.
- Der Markt ist aufgrund der gesetzten Aufgabenstellung auf die Trägerländer begrenzt; damit sind innerbetriebliche Anpassungen auf Marktänderungen nur schwierig oder gar nicht möglich.

- Es ist trotz der wieder leicht ansteigenden Konjunktur in der IT-Branche in Deutschland weiterhin mit einer zunehmenden Verschärfung des Wettbewerbs zu rechnen.
- Auch auf Grund gesetzlicher Vorgaben sind eine weitere Zunahme von Komplexität und damit erhöhte Qualitäts-, Sicherheits- und Datenschutz-Anforderungen zu erwarten.
- Die Konkurrenzsituation von Dataport kann sich im Zuge von Konzentrationsprozessen in der öffentlichen Informationstechnik weiter verschärfen.
- Die Verfahrensweise zur Auftragsvergabe an Dataport ist im Kundenbereich teilweise noch nicht einheitlich geklärt.
- Die Produktentscheidungen der Trägerländer sind historisch bedingt in vielen Bereichen unterschiedlich, so dass eine Konsolidierung nur über mittel- bis längerfristige Zeiträume möglich sein wird.
- Auf der Auftraggeberseite ist weiterhin mit Ausgliederungen bzw. Privatisierungen zu rechnen und als Konsequenz mit Neuorientierungen, insbesondere mit Auftragsvergaben an Wettbewerber.
- Höhere Anforderungen und veränderte Erwartungen der Kunden als Konsequenz aus den sich derzeit ausbildenden E-Government-Strukturen.
- Zum Teil schwer kalkulierbare Produktpolitiken und schnelle Innovationszyklen bei Lieferanten und Partnern.
- Arbeitsmarkt-, demographie- und tarifstrukturbedingte Knappheit von geeignetem Personal für die IuK-Technik, verbunden mit zusätzlichem Aufwand für Personalgewinnung.
- Know-how-, Flexibilitäts- und Innovationsrisiken durch eine für einen IT-Dienstleister ungünstige Altersstruktur, die nur mittel- bis langfristig verbessert werden kann.

Insgesamt ist allerdings festzustellen, dass der Bestand des Unternehmens und die weitere künftige Erfüllung des Geschäftszwecks von Dataport aus derzeitiger Sicht nicht gefährdet sind. Es hat sich für die vergangenen Jahre seit der Fusion der Vorgängerorganisationen gezeigt, dass durch zunehmende Automatisierung, durch Nutzung von Größenordnungseffekten und die Zusammenlegung von Wertschöpfungs- und Unterstützungseinheiten nachhaltige Vorteile und Effizienzsteigerungen erreicht wurden.

## Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind, liegen nicht vor.

## Künftige Entwicklung und Chancen für Dataport

Auch das Geschäftsjahr 2007 hat gezeigt, dass Dataport durch seine Größe und seine länderübergreifende Zusammenarbeit erfolgreich IT-Standardisierungen fördert, Synergien durch organisatorische Zusammenlegungen (insbesondere am Beispiel Bremen) und weitere Prozessoptimierungen erzielt sowie höhere Auslastung der Infrastrukturen realisiert. Diese Vorteile wurden an die Kunden von Dataport weitergegeben. Trotz der Mehrwertsteuererhöhung wurden die Entgelte in 2007 nicht erhöht. Außerdem wurden erbrachte Leistungen von insgesamt 0,5 Mio. € als Synergieleistungen den Kunden kostenfrei zur Verfügung gestellt.

In seinen Trägerländern wird Dataport seine Position als IT-Dienstleister auch künftig weiter festigen.

Im Geschäftsjahr 2008 steht Dataport vor seiner bisher größten wirtschaftlichen Herausforderung. Durch den Wegfall der Anwendung MVS Steuer für Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein fallen Erlöse von 11,0 Mio.€ für den MVS-Bereich weg, für die kein Ausgleich in entsprechendem Umfang kurzfristig möglich ist, so dass insgesamt Deckungsbeiträge von 5 Mio. € in 2008 fehlen. Außerdem belasten weiterhin die letztjährige Mehrwertsteuererhöhung (3 %) sowie zusätzlich die diesjährige Erhöhung der Personaltarife (2,9 %) bei bisher unveränderten Entgelten das Geschäftsergebnis. Durch eine konzertierte Aktion aus der Gewinnung zusätzlicher Aufträge, Entgelterhöhungen in begrenztem Umfang bei Neuverträgen, Vereinbarung von Grundbeiträgen für den Großrechner-Bereich sowie Kosteneinsparungen durch Fortsetzung des in der zweiten Jahreshälfte 2007 eingeleiteten Sparkurses wird eine sukzessive Ergebnisverbesserung angestrebt. Die in 2007 eingeleiteten Maßnahmen zur Konsolidierung der Geschäftsprozesse durch Umsetzung von Vorschlägen des Organisationsgutachtens, des Projektes Zielarchitektur Basis Infrastruktur (ZaBI) und anderer organisatorischer Verbesserungen erfordern aufwandsmäßig Vorleistungen, die das Ergebnis 2007 belastet haben und auch 2008 belasten und erst mittelfristig voll greifen werden. Dataport hat zwischenzeitlich in Höhe der im Wirtschaftsplan 2008 enthaltenen globalen Minderausgabe von rd. 7 Mio. € Ergebnisverbesserungen identifiziert. Die Gespräche mit den Eignerländern im Hinblick auf zusätzliche Erlöse durch Preiserhöhungen und zusätzliche Finanzierungen sind hingegen noch nicht abgeschlossen. Das Risiko für das Geschäftsjahr 2008 wird in Höhe der geplanten globalen Minderausgaben von 7,4 Mio. € begrenzt.

Dataport strebt an, dass nach Beendigung der derzeitigen Phase der Konsolidierung sich die Ergebnislage, d.h. ab 2009 wieder verbessern wird.

Altenholz, den 30. März 2008

Dataport - Anstalt des öffentlichen Rechts -

(Matthias Kammer)

(Dr. Johann Bizer)

(Dr. Sebastian Saxe)

ENTWURF

## **Dataport - Anstalt des öffentlichen Rechts -, Altenholz Rechtliche Verhältnisse**

---

### **1. Rechtliche Grundlagen**

Dataport wurde am 1. Januar 2004 als Anstalt des öffentlichen Rechts durch die Länder Schleswig-Holstein und Freie und Hansestadt Hamburg gegründet.

Die Gründung erfolgte durch Fusion der ehemaligen Datenzentrale Schleswig-Holstein Anstalt des öffentlichen Rechts (DZ-SH), des Landesamtes für Informationstechnik (LIT) der Freien und Hansestadt Hamburg sowie der Zentralstelle Informations- und Kommunikationswesen der Bezirksverwaltung im Senatsamt für Bezirksangelegenheiten (SfB-IuK) der Freien und Hansestadt Hamburg.

Es gilt der Staatsvertrag vom 27. August 2003, geändert durch den Staatsvertrag zwischen den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, der FHH und der Freien Hansestadt Bremen vom 18./20./24. Oktober 2005 (Dataport-Staatsvertrag). Die Ergänzung des Staatsvertrages war notwendig, da das Land Mecklenburg-Vorpommern sowie die Freie Hansestadt Bremen mit Wirkung zum 1. Januar 2006 als Träger der Dataport aufgenommen wurden.

Seit dem 1. Januar 2006 gilt die am 13. Dezember 2005 beschlossene Satzung.

### **Gegenstand des Unternehmens**

Dataport ist der Dienstleister für moderne zukunftssichere Informations- und Kommunikationstechnik der öffentlichen Verwaltung in den Ländern Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein einschließlich der Kommunen in Schleswig-Holstein sowie der Steuerverwaltung in Mecklenburg-Vorpommern (Data Center Steuern).

### **Geschäftsjahr**

Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

## **Stammkapital**

Das Land Mecklenburg-Vorpommern und die Freie Hansestadt Bremen sind zum 1. Januar 2006 als Träger beigetreten. Das Stammkapital wurde in diesem Zusammenhang von EUR 30,0 Mio. auf EUR 36,0 Mio. erhöht und ist in voller Höhe geleistet. Die Freie Hansestadt Bremen hat mit Wirkung zum 1. Januar 2007 die seinerzeit noch ausstehende Einlage von EUR 2,7 Mio. im Wege einer Sacheinlage von Vermögen des bremischen Eigenbetriebs Fidatas erbracht. Schleswig-Holstein und die FHH halten nunmehr je 41,67 %, Mecklenburg-Vorpommern und die Freie Hansestadt Bremen je 8,33 % der Anteile am Stammkapital.

## **Gewinnrücklagen, satzungsmäßige Rücklage**

Gemäß § 12 Abs. 1 der Satzung hat der Verwaltungsrat am 28. April 2004 die satzungsmäßige Rücklage auf bis zu 30 % des Stammkapitals festgelegt. Von dem Gewinn ist mindestens ein Drittel der Rücklage zuzuführen, bis diese die festgelegte Höhe erreicht hat.

Die Höhe der satzungsmäßigen Rücklage wurde mit Beschluss des Verwaltungsrats vom 4. Dezember 2007 auf maximal EUR 10 Mio. festgelegt.

## **Verwaltungsrat**

Überwachungsorgan ist der Verwaltungsrat, der aus zwölf Mitgliedern besteht, von denen jeweils vier Mitglieder vom Land Schleswig-Holstein und von der Freien und Hansestadt Hamburg sowie zwei Mitglieder vom Personalrat benannt wurden. Seit dem 1. Januar 2006 entsenden darüber hinaus das Land Mecklenburg-Vorpommern und die Freie Hansestadt Bremen jeweils ein Mitglied. Der Verwaltungsrat beschließt über grundsätzliche Angelegenheiten der gemeinsamen Anstalt und überwacht den Vorstand. Die Aufgaben des Verwaltungsrates sind im Dataport-Staatsvertrag sowie in der Satzung der Dataport geregelt.

Dem Verwaltungsrat gehörten im Geschäftsjahr 2007 folgende Personen an:

- Klaus Schlie, Staatssekretär beim Finanzministerium Schleswig-Holstein, Kiel, Vorsitzender bis 31. Dezember 2007, stellvertretender Vorsitzender seit 1. Januar 2008
- Dr. Robert Heller, Staatsrat bei der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, stellvertretender Vorsitzender bis zum 31. Dezember 2007, Vorsitzender seit 1. Januar 2008

- Jan-Christian Erps, Geschäftsführer beim Schleswig-Holsteinischen Landkreistag, Kiel, bis 31. Dezember 2007
- Hinnerck Fock, Bezirksamtsleiter beim Bezirksamt Altona, Hamburg, bis 10. September 2007
- Burckhard Frommann, Dataport-Personalrat, Mitarbeitervertreter, Hamburg, bis 24. Juni 2007
- Helge Carstensen, Dataport-Personalrat, Mitarbeitervertreter, Altenholz, seit 25. Juni 2007
- Dr. Detlef Gottschalck, Staatsrat bei der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg
- Ulrich Lorenz, Staatssekretär beim Innenministerium Schleswig-Holstein, Kiel
- Hans-Henning Lühr, Staatsrat bei der Senatorin für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen
- Dr. Jost Mediger, Staatssekretär beim Finanzministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern
- Harald Rösler, Verwaltungsdezernent beim Bezirksamt Hamburg-Nord
- Horst Striebich, Bürgermeister der Gemeinde Altenholz, seit 1. Februar 2006 bis 31. Dezember 2007
- Birgit Seiler, Dataport-Personalrat, Mitarbeitervertreterin, Altenholz, bis 24. Juni 2007
- Axel Feist, Dataport-Personalrat, Mitarbeitervertreter, Hamburg, seit 25. Juni 2007
- Jürgen Warmke-Rose, Bezirksamtsleiter beim Bezirksamt Altona, seit 11. September 2007

### **Vorstand und Vertretung**

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern. Ein Mitglied wird vom Verwaltungsrat zum Vorsitzenden des Vorstandes bestellt. Der Vorstand leitet die Anstalt als Kollegialorgan und führt die Geschäfte im Rahmen der Weisungen des Verwaltungsrats. Die Aufgaben des Vorstands sind in der Satzung der Dataport sowie in der Dienstanweisung des Verwaltungsrats für den Vorstand geregelt.

Dem Vorstand gehören an:

Matthias Kammer, Hamburg (Vorsitzender)  
Dr. Sebastian Saxe, Hamburg  
Dr. Johann Bizer, Hamburg, ab 1. Februar 2008  
Jörg Krüger, Hamburg, bis zum 5. Juli 2007

Zur Vertretung der Anstalt sind jeweils zwei Vorstände gemeinschaftlich befugt.



## **Verwaltungsratbeschlüsse**

In der Sitzung des Verwaltungsrates am 5. Juli 2007 wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- Genehmigung des Jahresabschlusses 2006 und des Lageberichtes 2006;
- Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2006;
- Ergebnisverwendungsbeschluss für das Jahresergebnis 2006; EUR 300.000,00 werden in eine Gewinnrücklage eingestellt und EUR 442.655,42 werden auf neue Rechnung vorge-tragen.
- Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2007.

## **2. Wesentliche Verträge**

### **a. IT-Partner-Rahmenvertrag**

Mit Wirkung zum 12. April 2006 wurde zwischen Dataport und der Fujitsu Siemens Compu-ters GmbH ein IT-Rahmenvertrag geschlossen. Er gilt für die Dauer von drei Jahren und sechs Monaten.

Gegenstand des Rahmenvertrages ist die Bereitstellung von Hardware sowie die Erbringung von Dienstleistungen, die mit diesen Produkten im Zusammenhang stehen (Planung, Installa-tion, Support, Service, Entsorgung u.a.).

Einzelverträge werden auf der Grundlage dieses Rahmenvertrags durch die Erteilung entspre-chender Abrufaufträge geschlossen.

### **b. Wartungsvertrag**

Es besteht ein Wartungsvertrag mit der IBM Deutschland Informationssysteme GmbH, Stutt-gart, über die Wartung von EDV-Anlagen und -Geräten nach Maßgabe einer besonderen Sys-tem-Service-Vereinbarung vom 17. Dezember 1998/21. Januar 1999.

**c. Microsoft Enterprise Agreement mit Microsoft Ireland Operations Limited, Dublin/Irland**

Im Zuge der Fusion der DZ-SH und des LIT wurden zwischen Microsoft Ireland Operations Limited und Dataport am 25. März 2004 mit Wirkung zum 1. Januar 2004 ein Microsoft Konzern-Vertrag, ein Microsoft Konzern-Beitritt sowie eine Nebenabrede über die Lizenzierung von Microsoft-Softwareprodukten für Dataport, Einrichtungen der Freien und Hansestadt Hamburg sowie deren jeweiligen Behörden, Einrichtungen von Landkreisen und Kommunen, die an Hamburg angrenzen, sowie deren jeweilige Behörden und Einrichtungen des Landes Schleswig-Holstein und der Kommunen in Schleswig-Holstein sowie deren jeweilige Behörden abgeschlossen. Der Konzern-Vertrag wurde auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann mit einer Frist von 60 Tagen gekündigt werden. Der Konzern-Beitritt hatte eine Laufzeit von drei Jahren.

**d. Kooperationsvertrag zwischen der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) und Dataport (vormals DZ-SH)**

Es besteht ein Kooperationsvertrag zwischen der AKDB und Dataport über die Entwicklung, Pflege und Vermarktung neuer oder vorhandener Verfahren vom 10. März 1999. Der Vertrag wurde auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden.

**e. Rahmenvereinbarung über eine Kooperation zwischen Dataport (vormals DZ-SH) und der PROSOZ-Institut Herten Gesellschaft für kommunale Organisation und Softwareentwicklung (PIH)**

Am 2. März/6. April 1992 wurde eine Rahmenvereinbarung über die Kooperation zwischen Dataport (vormals DZ-SH) und der PIH abgeschlossen. Gegenstand der Vereinbarung ist die Zusammenarbeit bei der Verbreitung von PROSOZ-Dialogsystemen in Schleswig-Holstein. Die Vereinbarung ist auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende gekündigt werden.

**f. Wartungs-Rahmenvertrag**

Mit Vertrag vom 23. Juli/5. August 1993, rückwirkend in Kraft getreten zum 1. Juli 1993 und zuletzt ergänzt mit Wirkung zum 1. September 2003, haben Dataport (vormals LIT) und die Fujitsu Siemens Computers GmbH (vormals Siemens Nixdorf Informationssysteme AG) allgemeine Bedingungen für die Instandsetzung von SINIX/UNIX-Mehrplatzsystemen, Wartungsleistungen für unterschiedliche technische Komponenten sowie die hierfür zu leistenden Entgeltzahlungen vereinbart. Der Vertrag hat eine unbestimmte Laufzeit und kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderhalbjahres gekündigt werden.

**g. Mietvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Grundstücksgesellschaft Billstraße 82-84 mbH**

Die Freie und Hansestadt Hamburg (Mieter), vertreten durch die Finanzbehörde - Liegenschaftsverwaltung -, und die Grundstücksgesellschaft Billstraße 82-84 mbH (Vermieter) haben mit Urkunde vom 7. Juni 1993 einen Mietvertrag über das Gebäude an der Billstraße 82-84 abgeschlossen. Die Mietzeit wurde auf 25 Jahre festgelegt. Die Mieterin hat das Recht, das Mietobjekt einschließlich des Erbbaurechts, das zuvor zu Gunsten des Vermieters bestellt wurde, und die in der dem Vertrag anliegenden Bezugsurkunde näher bestimmten Gegenstände unter Ausschluss jeglicher Gewährleistung zu erwerben.

Der Mieterin obliegt die gesamte Instandhaltung und Instandsetzung im Inneren des Gebäudes auf eigene Kosten. Hierzu haben in Ergänzung zum Mietvertrag die Sprinkenhof Aktiengesellschaft, Hamburg, und die Freie und Hansestadt Hamburg am 19. Juli 1993 einen Vertrag über die technische Betreuung des Verwaltungszentrums Umweltbehörde-LIT, Billstraße 82-84, abgeschlossen.

Die Sprinkenhof Aktiengesellschaft erhält hierfür 2,5 % des zu zahlenden Mietzinses.

Darüber hinaus erstattet die Freie und Hansestadt Hamburg sämtliche aus der technischen Betreuung entstehenden Fremdkosten, mit Ausnahme der Personal- und anteiligen Gemeinkosten der Sprinkenhof Aktiengesellschaft.

Die Laufzeit des Vertrages über die technische Betreuung bestimmt sich nach der Laufzeit des Mietvertrages.

Zum 1. Januar 2004 hat Dataport mit der FHH einen Untermietvertrag für das Gebäude Billstraße 82-84 abgeschlossen. Der Untermietvertrag hat eine feste Laufzeit bis zum 30. Juni 2018.

Der Mietzins beläuft sich auf TEUR 137 pro Monat. In dem Mietzins sind Vorauszahlungen für Verwaltungsgebühren, Betreuungsgebühren, Nebenkosten sowie Instandhaltungskosten enthalten, über die von der Grundstücksgesellschaft Billstraße 82-84 mbH bzw. die Sprinkenhof AG jährlich abgerechnet wird. Weiterhin ist im Mietzins anteilig der Erbbauzins für das Grundstück enthalten.

Darüber hinaus bestehen Mietverträge für einzelne Büroräume in der Billstraße 87, für gewerbliche Kfz-Stellplätze in den Außenanlagen, für gewerbliche Grundstücke und Geschäftsräume in der Billstraße 79-83 sowie für die Mitnutzung von Standorten (Antennenträgern, Grundstücken und Gebäuden) der Deutschen Telekom AG, Bonn.

**h. Mietvertrag zwischen der Dataport - Anstalt des öffentlichen Rechts - und der IVG Management GmbH & Co. Hamburg VIII – Objekt Billstraße – KG, Hamburg**

Dataport (Mieter) und die Confirmator Geschäftsbesorgungs-, Betreuungs- und Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Billstraße KG (Vermieter) haben mit Urkunde vom 5. November 2004 einen Mietvertrag über das Gebäude an der Billstraße 78 abgeschlossen. Mit Wirkung zum 1. Juli 2006 wurde das Objekt an die IVG Management GmbH & Co. Hamburg VIII - Objekt Billstraße - KG (i.Gr.) verkauft. Der Mietvertrag ging auf den Käufer über. Das Mietverhältnis begann am 1. Oktober 2006 und endet am 30. September 2016, soweit es zu diesem Termin mit einer Kündigungsfrist von 12 Monaten zum Vertragsende gekündigt wird.

Der Mieterin obliegt die gesamte Instandhaltung und Instandsetzung des Gebäudes - mit Ausnahme der Instandhaltung von Dach und Fach - auf eigene Kosten.

Der Mietzins beläuft sich auf TEUR 50 pro Monat. Der Mietzins beinhaltet Miete für 23 Stellplätze sowie Vorauszahlungen für Betriebs- und Heizkosten, über die von der IVG Management GmbH & Co. Hamburg VIII - Objekt Billstraße - KG jährlich abgerechnet wird.

**i. Projekt ESARI/30 K**

Im November 2003 wurde zwischen der Finanzbehörde Hamburg und Dataport (vormals: LIT) die Vereinbarung über das Projekt 30K – Support- und Betriebsorganisation für die Betreuung von 30.000 IuK-Endgeräten für die Freie und Hansestadt Hamburg getroffen. Mit Wirkung zum 1. Januar 2004 wurde die Vereinbarung vom LIT auf Dataport übergeleitet.

**j. Nutzungs- und Überlassungsvertrag über das Hamburgische Telekommunikationsnetz (TK-Netz)**

Im Rahmen der Fusion der DZ-SH, des LIT und der SfB-IuK wurde das bei dem LIT vorhandene TK-Netz auf ein neu gebildetes Sondervermögen der FHH übertragen.

Am 16. Februar 2004 wurde zwischen der FHH und Dataport ein Nutzungs- und Überlassungsvertrag über das TK-Netz geschlossen. Im Rahmen dieses Vertrages wird das TK-Netz Dataport zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt. Dataport ist verpflichtet, das TK-Netz in Stand zu halten. Investitionen in das TK-Netz sind von Dataport im Namen und für Rechnung des "Sondervermögen Hamburgisches Telekommunikationsnetz" durchzuführen. Das "Sondervermögen Hamburgisches Telekommunikationsnetz" erhält von Dataport die Differenz zwischen den jährlichen Abschreibungen für die Abnutzung des zum Sondervermögen gehörenden Anlagevermögens und den unmittelbaren Erträgen des Sondervermögens aus der Nutzung des entsprechenden Anlagevermögens. Die Vereinbarung wurde auf unbefristete Zeit geschlossen. Sie kann von beiden Seiten frühestens zum 31. Dezember 2014 gekündigt werden.

**k. Vertrag über Betriebs- und Supportleistungen für Verfahren, Service Desk, Endgeräte und lokale Netze sowie Vertrag über Standardersatzbedarf für ESARI-Arbeitsplätze**

Dataport hat am 24. Mai 2006 mit der Finanzbehörde der FHH einen Vertrag über Betriebs- und Supportleistungen, Service-Desk, Endgeräte und lokale Netze abgeschlossen. Dataport erbringt diese Dienstleistungen für Behörden und Einrichtungen der Freien und Hansestadt Hamburg, die diesem Vertrag beitreten.

Der Vertrag wurde auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und kann von jedem Partner unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 24 Monaten zum Ende eines jeden Kalenderjahres ordentlich gekündigt werden, frühestens jedoch 10 Jahre nach Inkrafttreten.

Ferner hat Dataport am 5./10. Juli 2007 (mit Addendum vom 7. März 2008) mit der Finanzbehörde der FHH einen Vertrag über Standardersatzbedarfe für ESARI-Arbeitsplätze abgeschlossen. Gegenstand des Vertrages ist die Gebrauchsüberlassung der Standard-Ersatzbedarfe für Hardware für die Behörden, Ämter und Landesbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts der FHH, die dem oben genannten Vertrag beigetreten sind. Der Vertrag ist rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft getreten und endet zeitgleich mit dem oben genannten Vertrag. Dataport ist verantwortlich für die Abwicklung des Standard-Ersatz-Bedarfs und wird in diesem Zuge Eigentümer der neu beschafften Geräte. Die Auftraggeberin vergütet die vereinbarten Leistungen durch ein Entgelt für die überlassenen Geräte in Höhe des von der Auftragsnehmerin aufgewandten Anschaffungspreises.

Das finanzielle Risiko für Ersatz oder Reparatur ist durch das von der Auftraggeberin zu leistende Entgelt abgegolten. Bei Beendigung des Vertrages überlässt Dataport der Auftraggeberin das Eigentum sämtlicher der durch diesen Vertrag zum Gebrauch überlassenen Geräte für eine Gesamtvergütung von EUR 1. Dataport hat der Auftraggeberin ein einseitiges Kündigungsrecht von 12 Monaten zum Ende des jeweiligen Kalenderjahres eingeräumt.

### **3. Steuerliche Verhältnisse**

Dataport ist als Anstalt öffentlichen Rechts nur mit ihren Betrieben gewerblicher Art ertrag- und umsatzsteuerpflichtig.

Dataport unterhält die Betriebe gewerblicher Art IT (Informationstechnologie) und EZ (Energiezentrale Schleswig-Holstein).

Die Betriebsstätte in Altenholz wurde für die Veranlagungsjahre 1991 bis 1997 im Rahmen einer steuerlichen Außenprüfung geprüft. Die Prüfungsergebnisse wurden im Jahresabschluss 2003 berücksichtigt.

Die Betriebsstätte in Hamburg wurde bislang nicht geprüft.

Die Betriebe gewerblicher Art sind bis einschließlich 2004 steuerlich veranlagt. Die Steuererklärungen für 2006 sind eingereicht.

Auf Grund der bestehenden Verlustvorträge und der laufenden Verluste im Veranlagungszeitraum 2007 waren ertragsteuerlich keine Rückstellungen zu bilden.

Die Betriebe gewerblicher Art geben monatliche Umsatzsteuervoranmeldungen ab. Die Vorsteuern aus gemischten Aufwendungen (Hoheitsbereich und BgA) werden derzeit mit einem Vorsteuerschlüssel von 4 % ermittelt.

ENTWURF

## **Dataport - Anstalt des öffentlichen Rechts -, Altenholz Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätze- gesetz**

---

### **Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge**

- a) *Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?*

Organe von Dataport sind der Verwaltungsrat und der Vorstand. Der Verwaltungsrat hat sich keine Geschäftsordnung gegeben. Eine Dienstanweisung des Verwaltungsrates für den Vorstand in der Fassung vom 16. Januar 2004 lag zum Prüfungszeitpunkt vor. Die Dienstanweisung des Verwaltungsrates für den Vorstand regelt unter anderem die Organisation der Geschäftsführung, die Zusammenarbeit der Mitglieder des Vorstandes sowie ihre Vertretung untereinander. Aufgabengebiet und Unternehmensbereich der einzelnen Mitglieder des Vorstandes ergeben sich aus dem Geschäftsverteilungsplan, der in aktueller Version im Intranet des Unternehmens zur Verfügung steht. Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Unternehmens.

- b) *Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?*

Der Verwaltungsrat tagte im Geschäftsjahr 2007 an drei Terminen. Niederschriften hierüber wurden erstellt. Die Verwaltungsratssitzung am 9. Dezember 2006 wurde aus Zeitmangel abgebrochen und am 19. Februar 2007 fortgesetzt. Der Vorstand tagt in der Regel alle 14 Tage. Protokolle der Sitzungen sind im Intranet von Dataport abrufbar.

- c) *In welchen weiteren Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?*

Die Mitglieder des Vorstandes sind auskunftsgemäß in keinen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG tätig.



- d) *Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?*

Im Anhang des Jahresabschlusses wird die Vergütung der Vorstände in einer Summe ausgewiesen. Der Verwaltungsrat erhält keine Vergütung. Eine individualisierte Aufteilung nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung erfolgt nicht, weil dies nach den gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Satzung nicht erforderlich ist.

## **Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen**

- a) *Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?*

Der Organisationsaufbau und die Arbeitsbereiche sind aus dem Organigramm sowie dem Geschäftsverteilungsplan ersichtlich. Die Unterlagen beschreiben den Organisationsaufbau des Gesamtunternehmens sowie der operativen Unternehmensbereiche und der Stabsstellen einschließlich der jeweiligen Zuständigkeiten. Darüber hinaus verfügt das Unternehmen über interne Regelungen zu Zeichnungsberechtigungen im Geschäfts- und Finanzverkehr, Bearbeitung von Gutschriften und Retouren sowie Einkauf von Lieferungen und Leistungen. Die Unterlagen werden bei Bedarf aktualisiert.

- b) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?*

Im Rahmen der Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan (Organigramm und Geschäftsverteilungsplan) verfahren wird.

- c) *Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?*

Bei Dataport wurde am 5. April 2005 eine Dienstanweisung zum Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken erlassen. Das fachliche Konzept der Dienstanweisung basiert auf einem Runderlass des Innenministeriums Schleswig-Holstein zum "Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken durch die Beschäftigten des Landes Schleswig-Holstein". Zudem werden bei Dataport weitere Vorkehrungen zur Korruptionsprävention getroffen, wie beispielsweise die Funktionstrennung im Rahmen der Auftragsvergabe sowie die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips.

- d) ***Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?***

Aufträge für Lieferungen und Leistungen sollen nach § 8 der Dienstanweisung des Verwaltungsrates für den Vorstand grundsätzlich, soweit wirtschaftlich vertretbar, auch dann unter Beachtung der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) bzw. der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) erteilt werden, wenn ihre Anwendung rechtlich nicht zwingend ist. Für das Personalwesen existieren neben den in § 5 Abs. 2 Nr. 3 der Satzung genannten Aufgaben des Verwaltungsrates keine gesonderten Richtlinien. Auch die Aufnahme von Krediten ist nicht in Form einer Richtlinie geregelt. Die Gewährung von Krediten ist bei Dataport grundsätzlich nicht vorgesehen. Zahlungsziele sind in der Benutzungsordnung von Dataport geregelt. Anhaltspunkte dafür, dass die vorhandenen Richtlinien nicht eingehalten werden, haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

- e) ***Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?***

Eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen ist gegeben. Grundsätzlich werden die Verträge dezentral in den verantwortlichen Fachabteilungen des Unternehmens verwaltet.

### **Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling**

- a) ***Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?***

Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen des Unternehmens. Es wird für jedes Geschäftsjahr ein Wirtschaftsplan erstellt, der dem Verwaltungsrat so rechtzeitig vorzulegen ist, dass dieser vor Beginn des Geschäftsjahres darüber beschließen kann (§ 5 der Dienstanweisung des Verwaltungsrates für den Vorstand). Der Wirtschaftsplan umfasst einen als Gewinn- und Verlustrechnung gegliederten Erfolgsplan mit der Gesamtheit der Erträge und Aufwendungen, einen Investitionsplan, einen Personalplan und einen Erläuterungsteil. Zusammen mit dem Wirtschaftsplan ist dem Verwaltungsrat eine mittelfristige Unternehmensplanung (Erfolgs-, Investitions- und Finanzierungsvorschau) vorzulegen, die das Planjahr und mindestens drei darauf folgende Geschäftsjahre umfasst (§ 6 der Dienstanweisung des Verwaltungsrates für den Vorstand).

**b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?**

Der Vorstand hat dem Verwaltungsrat mindestens vierteljährlich über den Gang der Geschäfte und die Lage von Dataport zu berichten (§ 4 der Dienstanweisung des Verwaltungsrates für den Vorstand). Im Rahmen dieser Berichterstattung werden Planabweichungen auf Kosten- und Erlösebene erläutert. Die Analyse wird vom Unternehmensbereich Ressourcen durchgeführt. Daneben werden regelmäßig Finanzberichte erstellt, in denen Ist- und Planwerte auf Ebene von GuV-Posten gegenübergestellt werden.

**c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?**

Das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung entspricht der Größe und den Anforderungen des Unternehmens. Die Kostenrechnung wird über das System SAP/R3 abgewickelt.

**d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Eine laufende Liquiditätsüberwachung erfolgt durch den Bereich Finanzen. Liquiditätsüberschüsse werden nach Sondierung der Zinssätze verschiedener Banken in Form von Termingeld angelegt. Im Berichtsjahr wurde zeitweise ein Betriebsmittelkredit in Anspruch genommen, längerfristige Darlehen wurden aber nicht aufgenommen.

**e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?**

Bei Dataport gibt es ein zentrales Liquiditätsmanagement. Gesonderte Regeln gibt es hierfür nicht.

**f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Die Fakturierung bei Dataport erfolgt in Abhängigkeit von den erbrachten Leistungen von den Abteilungen Kundenmanagement oder IT-Geschäft.

Nach § 7 Abs. 4 der Satzung von Dataport über die Leistungen der Anstalt (Benutzungsordnung) sind Leistungsentgelte grundsätzlich nach Erhalt der Rechnung binnen einer Frist von zwei Wochen und ohne Abzug zu begleichen. Ist eine Forderung länger als 14 Tage überfällig, soll eine Mahnung erfolgen. Bei Dataport wird seit 2006 das SAP-Mahnprogramm eingesetzt.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine Anhaltspunkte dafür erlangt, dass Entgelte nicht vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt und eingezogen werden.

- g) *Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?*

Das Controlling bei Dataport besteht aus einem operativen sowie aus einem strategischen Controlling und ist unternehmensweit eingerichtet. Die Aufgaben des operativen und strategischen Controllings werden durch den Bereich Finanzen wahrgenommen, der dem Unternehmensbereich Ressourcen zugeordnet ist. Nach den im Rahmen unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht das Controlling den Anforderungen von Dataport.

- h) *Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?*

Dataport hält einen Anteil von 33,3 % an der kommIT Gesellschaft für Informationstechnik mbH, Köln. Nach unseren im Rahmen der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen ermöglicht das Rechnungs- und Berichtswesen eine angemessene Überwachung dieser Gesellschaft.

#### **Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem**

- a) *Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?*

Der Vorstand von Dataport hat zur rechtzeitigen Erkennung bestandsgefährdender Risiken eine Anweisung zum strategischen Risikomanagement erlassen. Im Rahmen dieser Anweisung sind insbesondere Form und Ablauf zur Erkennung, Bewertung, Handhabung sowie zur Dokumentation und Kommunikation von Risiken definiert.

- b) *Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?*

Unseres Erachtens sind die von der Gesellschaft vorgesehenen Maßnahmen zur Risikofrüherkennung grundsätzlich geeignet, potentielle bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig zu erfassen und zu kommunizieren, so dass der Vorstand in geeigneter Weise reagieren kann.

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass wesentliche Maßnahmen zur Risikofrüherkennung nicht durchgeführt wurden.

- c) *Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?*

Die Dokumentation der vorgesehenen Maßnahmen erfolgt in Form einer Anweisung zum strategischen Risikomanagement.

Wir haben uns im Rahmen unserer Prüfung durch stichprobenweise Einsicht in die Dokumentation davon überzeugt, dass die einzelnen Maßnahmen hinreichend dokumentiert sind.

- d) **Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?**

Das Geschäftsumfeld sowie die Geschäftsprozesse von Dataport unterlagen im Berichtsjahr keinen Veränderungen, die eine Anpassung der Frühwarnsignale notwendig gemacht hätten. Eine Anpassung von Maßnahmen im Rahmen der Aufnahme des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie der Freien Hansestadt Bremen als Träger von Dataport ist nach den uns vorgelegten Unterlagen erfolgt.

#### **Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate**

- a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:**

- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
- Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
- Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
- Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?

Entfällt, weil derartige Geschäfte und Finanzinstrumente im Geschäftsjahr 2007 nicht getätigt bzw. eingesetzt worden sind. Grundsätzlich ist der Einsatz von Finanzinstrumenten bei Dataport nicht vorgesehen.

- b) **Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?**

Vgl. a).

c) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf**

- Erfassung der Geschäfte
- Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
- Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
- Kontrolle der Geschäfte?

Vgl. a).

d) **Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?**

Vgl. a).

e) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?**

Vgl. a).

f) **Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?**

Vgl. a).

#### **Fragenkreis 6: Interne Revision**

a) **Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**

Die interne Revision von Dataport ist Teil der Stabsstelle "Datenschutz, Revision, Justizariat", die direkt dem Vorstand unterstellt ist. Sie umfasst die Bereiche Innenrevision und IT-Revision. Nach den im Rahmen unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht die Interne Revision den Bedürfnissen des Unternehmens.

b) **Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**

Die interne Revision ist als Teil einer Stabsstelle direkt dem Vorstand unterstellt. Eine Gefahr von Interessenkonflikten besteht nicht.

- c) *Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?*

Unter Berücksichtigung der uns zur Verfügung gestellten Berichte lagen die Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision im Geschäftsjahr 2007 in folgenden Bereichen: Kassenprüfungen in Hamburg und Altenholz, Prüfung der auch privat nutzbaren Geschäftsfahrzeuge, Mitwirkung an der Revision der Zugangs- und Zugriffsberechtigungen zu Dataport-internen SAP-Systemen. Ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen organisatorisch getrennt sind, wurde von der Internen Revision im Berichtsjahr nicht geprüft.

Eine Berichterstattung der Internen Revision über Korruptionsprävention hat seit der Gründung von Dataport zum 1. Januar 2004 nicht stattgefunden.

- d) *Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?*

Eine Abstimmung mit dem Abschlussprüfer ist nicht erfolgt.

- e) *Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?*

Im Berichtsjahr wurden keine bemerkenswerten Mängel festgestellt.

- f) *Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?*

Die Interne Revision führt Abschlussgespräche mit den betroffenen Stellen durch. Die Ergebnisse werden grundsätzlich an den Vorstand berichtet. Im Rahmen des Jahresplanes der Internen Revision ist die Nachverfolgung von bereits durchgeführten Prüfungen in der Regel vorgesehen.

**Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans**

- a) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?*

Nein. Soweit wir im Rahmen unserer Prüfung feststellen konnten, sind die nach der Satzung und der Dienstanweisung des Verwaltungsrates für den Vorstand erforderlichen Zustimmungen des Verwaltungsrates im Berichtsjahr eingeholt worden.

- b) *Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?*

Mitgliedern der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans wurden auskunftsgemäß im Berichtsjahr keine Kredite gewährt.

- c) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?*

Nein. Die Vornahme ähnlicher anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen, die als nicht zustimmungsbedürftig behandelt worden sind, haben wir im Rahmen der Prüfung nicht festgestellt.

- d) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?*

Nein. Im Rahmen der Abschlussprüfung sind uns keine Geschäfte oder Maßnahmen bekannt geworden, die nicht mit Gesetz, Satzung, Dienstanweisung des Verwaltungsrates für den Vorstand und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen.



**Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen**

- a) *Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?*

Aufgrund der Organisation des Planungsablaufs der Investitionen (Festlegung des Ablaufs der Planungsprozesse durch die Ebene der Führungskräfte 1, dezentrale Planung, Beachtung der VOB und VOL, Nachkalkulationen) ist davon auszugehen, dass eine angemessene Planung erfolgt. Der Investitionsplan ist als Teil des Wirtschaftsplans vom Verwaltungsrat zu genehmigen.

- b) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?*

Nein.

- c) *Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?*

Das Budget für Investitionen wird im Rahmen des Wirtschaftsplans festgelegt. Durchführung und Veränderungen von Investitionen werden in der Regel durch die verantwortlichen Fachabteilungen laufend überwacht, Abweichungen werden auskunftsgemäß untersucht.

- d) *Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?*

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine wesentlichen Überschreitungen festgestellt.

- e) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?*

Nach unseren bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen liegen keine diesbezüglichen Anhaltspunkte vor.

**Fragenkreis 9: Vergaberegelungen**

- a) *Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?*

Das Unternehmen ist nach § 8 der Dienstanweisung des Verwaltungsrates für den Vorstand grundsätzlich an die Vergaberegelungen nach VOB/VOL gebunden. Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

- b) *Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?*

Nach unserer stichprobenweisen Prüfung wurden bei Geschäften, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Angebote von mehreren Anbietern eingeholt.

**Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan**

- a) *Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?*

Gemäß § 4 Abs. 2 der Dienstanweisung des Verwaltungsrates für den Vorstand berichtet dieser mindestens vierteljährlich an den Verwaltungsrat über den Gang der Geschäfte und die Lage von Dataport sowie über Angelegenheiten der Tochtergesellschaften und Beteiligungen, soweit sie von grundsätzlicher Bedeutung sind.

- b) *Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?*

Die Berichte vermitteln einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens insgesamt sowie in einzelne Unternehmensbereiche.

- c) *Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?*

Eine zeitnahe Unterrichtung des Überwachungsorgans über wesentliche Vorgänge ist durch das vorhandene System der Berichterstattung, insbesondere durch die laufenden Gespräche zwischen dem Vorstands- und dem Verwaltungsratsvorsitzenden, gewährleistet. Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen und wesentliche Unterlassungen sind uns im Rahmen unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

- d) *Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?*

Nach den uns erteilten Auskünften gab es im Geschäftsjahr 2007 keine Themen, über die vom Vorstand auf besonderen Wunsch des Überwachungsorgans berichtet worden ist.

- e) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?*

Anhaltspunkte für eine nicht in allen Fällen ausreichende Berichterstattung haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

- f) *Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?*

Eine D&O-Versicherung gibt es bei Dataport auskunftsgemäß nicht.

- g) *Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?*

Derartige Konflikte wurden im Berichtsjahr nicht gemeldet.

#### **Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven**

- a) *Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?*

In wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen besteht zum 31. Dezember 2007 nicht.

- b) *Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?*

Es liegen keine auffallend hohen oder niedrigen Bestände vor.

- c) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?*

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird.

**Fragenkreis 12: Finanzierung**

- a) *Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?*

Das Eigenkapital hat zum 31. Dezember 2007 einen Anteil am Gesamtkapital in Höhe von rd. 29 %. Der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital beträgt rd. 71 %.

Bei Dataport gibt es am Abschlussstichtag 2007 keine über den normalen Geschäftsbetrieb hinausgehenden Investitionsverpflichtungen. Die bestehenden Investitionsverpflichtungen sollen durch den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit und ggf. durch den Abbau liquider Mittel finanziert werden.

- b) *Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?*

Entfällt, da ein Konzern nicht vorliegt.

- c) *In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?*

Das Unternehmen hat im Berichtsjahr keine Finanz-/Fördermittel der öffentlichen Hand erhalten.

**Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung**

- a) *Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?*

Die Eigenkapitalausstattung ist mit 28,6 % der Bilanzsumme als ausreichend zu bezeichnen. Finanzierungsprobleme auf Grund der Eigenkapitalausstattung bestehen nicht.

- b) *Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?*

Entfällt, da kein Gewinn im Geschäftsjahr erwirtschaftet wurde.

**Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit**

- a) *Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?*

Die Ermittlung eines Betriebsergebnisses nach Segmenten erfolgt bisher nicht.

- b) *Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?*

Im Berichtsjahr wurden Rückstellungen in Höhe von EUR 4,3 Mio. ertragswirksam aufgelöst. Zudem entstanden Aufwendungen für einmalige Beratungsdienstleistungen in Höhe von EUR 1,4 Mio.

Im Übrigen ist das Jahresergebnis nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt.

- c) *Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?*

Dataport hat im Geschäftsjahr 2005 mit der Freien und Hansestadt Hamburg und mit dem Land Schleswig-Holstein vereinbart, so genannte Synergieleistungen im Wert von EUR 2 Mio. verbilligt in den Jahren 2006 und 2007 zu erbringen. Dabei handelt es sich um Leistungen für Projekte, die von der Freien und Hansestadt Hamburg sowie dem Land Schleswig-Holstein zu benennen sind. Eine Inanspruchnahme der Leistungen ist in 2007 teilweise erfolgt.

Im Übrigen werden Leistungsbeziehungen zwischen Dataport und der Freien und Hansestadt Hamburg bzw. dem Land Schleswig-Holstein grundsätzlich zu angemessenen Konditionen abgewickelt.

- d) *Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?*

Nicht anwendbar.

**Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen**

- a) *Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?*

Auskunftsgemäß und nach den im Rahmen unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen gab es im Berichtsjahr keine verlustbringenden Geschäfte.

- b) *Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?*

Vgl. a).

#### **Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage**

- a) *Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?*

Der Jahresfehlbetrag 2007 ist im Wesentlichen aufgrund der hohen Investitionstätigkeit, damit einhergehenden höheren Abschreibungen sowie ausgebliebenen Zinserträgen und der Erhöhung der Umsatzsteuer von 16 auf 19 Prozent entstanden, die nicht zu entsprechenden Entgeltanpassungen geführt hat. Darüber hinaus sind Aufwendungen für einmalige Beratungsdienstleistungen angefallen.

- b) *Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?*

Nach § 9 der Satzung ist die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt. In der mittelfristigen Unternehmensplanung ist ein ausgeglichenes Ergebnis vorgesehen.

Eingeleitete bzw. beabsichtigte Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage bestehen aus Kosteneinsparungen auf der Basis der Umsetzung von Vorschlägen eines Organisationsgutachtens, Bestrebungen zur Gewinnung zusätzlicher Aufträge sowie Entgelterhöhungen in begrenztem Umfang.

## Dataport - Anstalt des öffentlichen Rechts -, Altenholz

### Weiter gehende Aufgliederungen und Erläuterungen des Jahresabschlusses

---

#### BILANZ

#### AKTIVA

##### A. AUSSTEHENDE EINLAGEN AUF DAS STAMMKAPITAL

Die ausstehenden Einlagen auf das Stammkapital wurden im Berichtsjahr durch die Freie Hansestadt Bremen im Wege einer Sacheinlage von Vermögen des bremischen Eigenbetriebs Fidatas erbracht.

##### B. ANLAGEVERMÖGEN

Die nachfolgenden Erläuterungen basieren auf den Nettobuchwerten des Anlagevermögens. Der Anlagenspiegel in Anlage 3 zeigt die Bruttoentwicklung.

Die Zugänge werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert, die auch die zugehörigen Nebenkosten umfassen.

##### I. Immaterielle Vermögensgegenstände

	<u>EUR</u>
1.1.2007	8.818.136,93
Zugänge	8.359.095,73
Umbuchungen	247.698,03
Abschreibungen	<u>-5.317.560,73</u>
31.12.2007	<u><u>12.107.369,96</u></u>

Die Zugänge betreffen im Wesentlichen Software-Lizenzen.

## II. Sachanlagen

	<u>EUR</u>
1.1.2007	64.273.969,39
Zugänge	33.736.358,22
Abgänge	-138.928,27
Umbuchungen	-247.698,03
Abschreibungen	<u>-17.314.173,40</u>
31.12.2007	<u><u>80.309.527,91</u></u>

Die Zugänge setzen sich nach Bereichen wie folgt zusammen:

	<u>EUR</u>
Server	15.935.744,73
IT-Ausstattung	7.999.469,89
Übertragungstechnik	3.657.845,86
Betriebsanlagen	986.670,61
Maschinen	780.252,99
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.649.435,46
Sonstige	<u>2.726.938,68</u>
	<u><u>33.736.358,22</u></u>

## III. Finanzanlagen

### 1. Sonstige Ausleihungen

	<u>EUR</u>
1.1.2007	53.919,31
Zugänge	1.822,73
Abgänge	<u>-3.549,04</u>
31.12.2007	<u><u>52.193,00</u></u>

Die sonstigen Ausleihungen resultieren aus Wohnungsfürsorgedarlehen, die Mitarbeitern der ehemaligen Datenzentrale-Schleswig-Holstein (DZ-SH) im Zusammenhang mit dem Erwerb von Eigenheimen gewährt werden.



## 2. Ansprüche gegen die Träger zur Deckung von Pensionsverpflichtungen

	<u>EUR</u>
1.1.2007	43.352.389,00
Zugänge	10.595.953,00
Abgänge	<u>-2.160.409,00</u>
31.12.2007	<u><u>51.787.933,00</u></u>

Gemäß § 18 Abs. 3 des Staatsvertrages über die Errichtung der Dataport trägt die Freie und Hansestadt Hamburg die bis zum 31. Dezember 2003 entstandenen Pensionsansprüche der ehemaligen Mitarbeiter des LIT. Darüber hinaus trägt Mecklenburg-Vorpommern gemäß § 19 a Abs. 1 des Staatsvertrages über die Errichtung der Dataport die Pensionsansprüche der übernommenen Mitarbeiter aus Mecklenburg-Vorpommern, die bis zum 31. Dezember 2005 entstanden sind. Die Zugänge im Berichtsjahr resultieren im Wesentlichen aus der Übernahme von Mitarbeitern des bremischen Eigenbetriebs Fidatas, der zum 1. Januar 2007 als Sacheinlage durch die Freie Hansestadt Bremen eingebracht wurde. Für diese Mitarbeiter trägt die Freie Hansestadt Bremen gemäß § 19 b Abs. 1 des Staatsvertrages die Pensionsansprüche, die bis zum 31. Dezember 2006 entstanden sind.

### C. UMLAUFVERMÖGEN

#### I. Vorräte

	<u>31.12.2007</u> EUR	<u>31.12.2006</u> EUR
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.301.768,13	1.254.881,96
2. Waren	<u>113.210,77</u>	<u>113.210,77</u>
	<u><u>1.414.978,90</u></u>	<u><u>1.368.092,73</u></u>

#### Bewertung

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe:

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit den durchschnittlichen Anschaffungskosten bewertet.

Waren:

Die Waren sind unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu Anschaffungskosten bewertet.

## II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

### 1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

	31.12.2007 EUR	31.12.2006 EUR
Bruttoforderungen	24.852.598,35	14.778.146,93
Pauschalwertberichtigungen	<u>-227.589,92</u>	<u>-238.448,97</u>
	<u>24.625.008,43</u>	<u>14.539.697,96</u>

### 2. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	31.12.2007 EUR	31.12.2006 EUR
KommIT GmbH, Köln	<u>96.587,84</u>	<u>132.257,35</u>

### 3. Sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2007 EUR	31.12.2006 EUR
Forderungen gegen Sondervermögen Hamburgi- sches Telekommunikationsnetz	223.391,18	396.252,31
Vorsteuererstattungsansprüche	81.309,12	81.689,40
Debitorische Kreditoren	33.909,82	1.534.193,44
Sonstige	<u>353.758,36</u>	<u>35.915,25</u>
	<u>692.368,48</u>	<u>2.048.050,40</u>

**III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten**

	31.12.2007 EUR	31.12.2006 EUR
Girokonten	4.088.864,25	1.399.862,06
Portobestände	267.055,79	335.763,92
Kassenbestand	7.250,45	2.516,84
Termingelder	0,00	27.000.000,00
	<u>4.363.170,49</u>	<u>28.738.142,82</u>

Der Rückgang der flüssigen Mittel ist im Wesentlichen aufgrund des hohen Investitionsvolumens im Berichtsjahr entstanden.

ENTWURF

**PASSIVA**
**A. EIGENKAPITAL**

	EUR	31.12.2007 EUR	31.12.2006 EUR
Stammkapital		36.000.000,00	36.000.000,00
Kapitalrücklage		16.850.331,76	16.850.331,76
Gewinnrücklage (satzungsmäßige Rücklage)		800.000,00	747.551,81
Gewinnvortrag	1.097.273,18		690.355,88
Jahresergebnis	-659.095,41		742.655,42
Zuführung zur Gewinnrücklage	-52.448,19		-335.738,12
Bilanzgewinn		<u>385.729,58</u>	<u>1.097.273,18</u>
		<u>54.036.061,34</u>	<u>54.695.156,75</u>

Der Gewinnrücklage wurde ein Betrag von EUR 52.448,19 zugeführt. Die Zuführung ergibt sich aus dem Differenzbetrag zwischen der vom Verwaltungsrat im Rahmen der Verwendung des Jahresüberschusses 2006 beschlossenen Zuführung zur Gewinnrücklage (EUR 300.000,00) und der bei Aufstellung des Jahresabschlusses 2006 gemäß § 12 Abs. 1 der Satzung vorgenommenen Zuführung (EUR 247.551,81).

**B. RÜCKSTELLUNGEN**
**1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**

	31.12.2007 EUR	31.12.2006 EUR
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	<u>78.762.234,00</u>	<u>67.174.059,00</u>

Den ermittelten Pensionsverpflichtungen liegen versicherungsmathematische Gutachten des Versicherungsmathematikers GBG-Consulting für betriebliche Altersversorgung GmbH vom 12. Februar 2008 zugrunde. Die Berechnungen berücksichtigen den Teilwert der Versorgungsverpflichtungen, wobei unter Zugrundelegung der "Richttafeln 2005 G" von Prof. Dr. Klaus Heubeck von einem Zinssatz von 4,5 % ausgegangen wird.

## 2. Steuerrückstellungen

31.12.2007	31.12.2006
EUR	EUR
<u>100.738,26</u>	<u>1.200.042,54</u>

Die Steuerrückstellungen betrafen im Vorjahr die Korrektur der nicht abziehbaren und zurück zu zahlenden Vorsteuer (Umsatzsteuer) für die Jahre 2005 (TEUR 434) und 2006 (TEUR 766).

## 3. Sonstige Rückstellungen

	1.1.2007 EUR	Fidatas 1.1.2007 EUR	Verbrauch EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	31.12.2007 EUR
<b>Personalbereich</b>						
Altersteilzeit	6.337.524,00	1.175.456,00	1.264.930,55	170.969,80	2.586.920,35	8.664.000,00
Urlaub/Überstunden	3.658.071,37	357.820,75	4.015.892,12	0,00	4.024.036,18	4.024.036,18
Latente Altersteilzeitverpflichtungen	2.672.201,00	88.192,00	0,00	526.084,11	548.801,12	2.783.110,01
Jubiläumsrückstellung	225.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00	250.000,00
Personalaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	1.004.770,38	1.004.770,38
	<u>12.892.796,37</u>	<u>1.621.468,75</u>	<u>5.280.822,67</u>	<u>697.053,91</u>	<u>8.189.528,03</u>	<u>16.725.916,57</u>
<b>Produktionsbereich</b>						
Ausstehende Eingangsrechnungen	4.529.873,91	143.171,76	3.839.134,68	833.910,99	3.557.479,04	3.557.479,04
<b>Absatzbereich</b>						
Synergieeffekte	1.000.000,00	0,00	485.109,00	514.891,00	0,00	0,00
Gewährleistung	370.000,00	150.000,00	0,00	330.000,00	0,00	190.000,00
	<u>1.370.000,00</u>	<u>150.000,00</u>	<u>485.109,00</u>	<u>844.891,00</u>	<u>0,00</u>	<u>190.000,00</u>
<b>Andere Bereiche</b>						
Unterlassene Instandhaltung/ Aufwandsrückstellungen	2.543.342,40	0,00	1.526.920,00	435.347,20	0,00	581.075,20
Übrige	41.224,91	0,00	21.692,69	3.307,31	25.000,00	41.224,91
	<u>2.584.567,31</u>	<u>0,00</u>	<u>1.548.612,69</u>	<u>438.654,51</u>	<u>25.000,00</u>	<u>622.300,11</u>
	<u>21.377.237,59</u>	<u>1.914.640,51</u>	<u>11.153.679,04</u>	<u>2.814.510,41</u>	<u>11.772.007,07</u>	<u>21.095.695,72</u>

Die Rückstellung für **latente Altersteilzeitverpflichtungen** berücksichtigt den latenten Anspruch von Arbeitnehmern auf den Abschluss zukünftiger Altersteilzeitvereinbarungen. Dataport hat insoweit eine Verpflichtung zur Zahlung der Aufstockungsbeträge passiviert. Die künftige Inanspruchnahme wurde mit 50 % der in Betracht kommenden Personen geschätzt. Im Berichtsjahr wurden erstmals alle Mitarbeiter, die den Geburtsjahrgängen 1943 bis 1945 angehören, aus der Berechnung herausgenommen, da das Unternehmen es als unwahrscheinlich einschätzt, dass diese Mitarbeiter noch einen Altersteilzeitvertrag eingehen. Hieraus ergab sich eine Auflösung der gebildeten Rückstellung für potenzielle Altersteilzeitvereinbarungen in Höhe von TEUR 526.

Die Rückstellungen für **Personalaufwendungen** betreffen im Wesentlichen die Gehälter der von Fidatas übernommenen Mitarbeiter für die Monate Januar und Februar 2007. Die Gehälter wurden von der FHB bezahlt und noch nicht an Dataport weiterbelastet.

Für durch den Zusammenschluss des LIT und der DZ-SH entstehende **Synergieeffekte** hat Dataport sich im Jahr 2005 verpflichtet, einen Teil dieser Effekte der FHH und dem Land Schleswig-Holstein durch verbilligte Leistungen im Wert von jeweils EUR 1,0 Mio. in den Jahren 2006 und 2007 zukommen zu lassen. Im Berichtsjahr haben die Träger diese Leistungen teilweise in Anspruch genommen, der restliche Teil der Rückstellung wurde aufgelöst.

Die Rückstellungen für **unterlassene Instandhaltung/Aufwandsrückstellungen** wurden für verschiedene Maßnahmen im Zusammenhang mit den Bauarbeiten am Gebäude in Altenholz gebildet. Soweit zum Bilanzstichtag 2007 die Arbeiten noch nicht abgeschlossen waren, wurde die Rückstellung beibehalten.

Die **Rückstellungen für ausstehende Eingangsrechnungen** betreffen bis zum Bilanzstichtag erhaltene Lieferungen und Leistungen, die von den Lieferanten/Dienstleistern noch nicht in Rechnung gestellt wurden. Die Rückstellung wurde im Geschäftsjahr 2007 mit TEUR 834 aufgelöst, da das Unternehmen insoweit nicht mehr mit einer Inanspruchnahme rechnet.

**C. VERBINDLICHKEITEN**
**3. Sonstige Verbindlichkeiten**

	31.12.2007 EUR	31.12.2006 EUR
Aus Steuern	1.435.336,74	932.649,52
Kreditorische Debitoren	281.682,40	31.328,99
Freie Hansestadt Bremen	118.822,54	0,00
Im Rahmen der sozialen Sicherheit	186,36	198.990,87
Übrige	210.093,16	98.288,22
	<u>2.046.121,20</u>	<u>1.261.257,60</u>

Die Verbindlichkeit gegenüber der Freien Hansestadt Bremen (FHB) resultiert aus der Übernahme von Vermögen des Eigenbetriebs Fidatas, das als Sacheinlage durch die FHB eingebracht wurde. Da das übertragene Reinvermögen den Betrag der ausstehenden Einlage von EUR 2,7 Mio. überstieg, resultierte aus der Einbringung eine Verbindlichkeit gegenüber der FHB:

	TEUR
Eigenkapital Fidatas zum 31.12.2006	4.523
Rückstellung für Beihilfen	-1.199
Forderung gg. die FHB aufgrund von Altersteilzeit	-435
Sonstiges	-70
Reinvermögen Fidatas	<u>2.819</u>
Ausstehende Einlagen der FHB	<u>2.700</u>
Verbindlichkeit gegenüber der FHB	<u>119</u>

Da die Fidatas aufgrund der Rechtsform als Eigenbetrieb nicht gesetzlich dazu verpflichtet war, eine Rückstellung für Beihilfen zu bilden, wurde ein Gutachten zur Bestimmung des Wertansatzes einer solchen Rückstellung zum 31. Dezember 2006 erstellt. Der hieraus resultierende Betrag wurde vom ursprünglichen Eigenkapital der Fidatas zur Bestimmung des Reinvermögens in Abzug gebracht. Zudem wurden Forderungen der Fidatas gegenüber der FHB für Mitarbeiter in Altersteilzeit, die zum 1. Januar 2007 an Dataport übergegangen sind, vom Eigenkapital abgezogen. Dies wurde auskunftsgemäß im Einvernehmen mit der FHB durchgeführt.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit ist darin begründet, dass diese im Gegensatz zum Vorjahr bereits im Dezember des Berichtsjahres bezahlt wurden.

**GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**
**1. Umsatzerlöse**

	2007 EUR	2006 EUR
IT-Dienstleistungen	190.783.594,11	165.877.277,82
Handelsware	32.388.808,02	32.404.868,77
Portoleistungen	7.313.726,69	10.633.153,16
Schulungen	1.082.159,11	809.640,47
Pflege und Wartungen	648.705,61	671.942,72
Übrige	2.132.076,34	2.142.986,75
	<u>234.349.069,88</u>	<u>212.539.869,69</u>

**3. Sonstige betriebliche Erträge**

	2007 EUR	2006 EUR
Auflösung von Rückstellungen	4.347.693,04	2.413.357,56
Sonstige periodenfremde Erträge	358.910,71	134.786,65
Auflösung Wertberichtigungen	88.422,36	0,00
Erträge aus Inventurdifferenzen	54.111,92	10.266,54
Gewinne aus Anlagenabgängen	10.852,23	0,00
Erträge aus Vertragsstrafen	0,00	32.764,18
Übrige Erträge	242.851,37	106.629,81
	<u>5.102.841,63</u>	<u>2.697.804,74</u>



**5. Materialaufwand**

	2007 EUR	2006 EUR
<b>a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</b>		
Waren	26.193.149,32	30.381.444,50
Materialverbrauch	3.117.048,25	2.788.181,86
Übrige	49.635,31	22.582,97
	<u>29.359.832,88</u>	<u>33.192.209,33</u>
<b>b) Aufwendungen für bezogene Leistungen</b>		
	<u>72.740.732,96</u>	<u>60.552.161,68</u>
	<u>102.100.565,84</u>	<u>93.744.371,01</u>

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2007 EUR	2006 EUR
Fremdleistung Personal	25.387.405,24	17.690.610,05
Softwarepflege	12.353.179,17	9.978.792,18
Softwaremiete	8.179.012,71	6.023.774,86
Postgebühren	7.764.847,74	10.613.269,41
Telefonaufwand Hamburgisches TK-Netz	5.680.677,71	5.681.861,56
Instandhaltung DV-Anlagen	4.422.874,22	4.085.687,31
Instandhaltung TK-Anlagen	2.640.741,79	1.815.386,68
Kundenauftragsarbeiten	1.884.569,84	2.459.395,92
Leitungsmieten	1.704.700,76	251.309,07
Übrige	2.722.723,78	1.952.074,64
	<u>72.740.732,96</u>	<u>60.552.161,68</u>

Der Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen, insbesondere für **Fremdleistung Personal, Softwarepflege, Softwaremiete** und **Leitungsmieten** steht im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Übernahme des bremischen Eigenbetriebs Fidatas sowie mit dem Projekt ESARI/30K.

Der Rückgang der Aufwendungen für **Postgebühren** resultiert insbesondere aus dem unterjährigen Wechsel des Dienstleisters bei einem Kunden im Geschäftsjahr 2006.

**7. Personalaufwand**

	2007 EUR	2006 EUR
	<u>                    </u>	<u>                    </u>
<b>a) Löhne und Gehälter</b>		
Gehälter	63.012.746,18	54.372.769,66
Löhne	171.028,83	617.312,56
Übrige	<u>1.726.985,88</u>	<u>89.335,15</u>
	<u>64.910.760,89</u>	<u>55.079.417,37</u>
<b>b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</b>		
Soziale Abgaben		
Sozialversicherung	9.631.536,44	8.425.379,98
Berufsgenossenschaft	<u>116.227,12</u>	<u>94.485,96</u>
	<u>9.747.763,56</u>	<u>8.519.865,94</u>
Aufwendungen für Altersversorgung	<u>12.297.756,71</u>	<u>11.140.830,66</u>
	<u>22.045.520,27</u>	<u>19.660.696,60</u>
	<u>86.956.281,16</u>	<u>74.740.113,97</u>

**8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen**

	2007 EUR	2006 EUR
	<u>                    </u>	<u>                    </u>
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Planmäßige Abschreibungen	5.317.560,73	4.179.553,32
Sachanlagen		
Planmäßige Abschreibungen	<u>17.314.173,40</u>	<u>11.390.406,18</u>
	<u>22.631.734,13</u>	<u>15.569.959,50</u>

**9. Sonstige betriebliche Aufwendungen**

	2007 EUR	2006 EUR
Erstattung an das Sondervermögen Hamburgisches Telekommunikationsnetz	9.476.608,82	9.543.747,69
Bewirtschaftungskosten Grundstücke und Gebäude	2.350.232,83	6.661.240,32
Raummieten	3.599.175,85	3.183.525,28
Energiekosten	1.889.576,77	1.310.742,38
Aus- und Fortbildung	1.608.885,36	1.322.346,55
Instandhaltung technischer Einrichtungen und BGA	1.465.828,59	1.175.202,01
Beratungsdienstleistungen	1.387.503,09	143.372,04
Reisekosten	814.426,57	732.498,37
Kraftfahrzeugkosten	612.534,52	479.806,77
Personalbeschaffung	564.505,61	335.533,27
Versicherungen	327.207,11	323.150,66
Werbung und Öffentlichkeitsarbeit	325.335,66	231.605,11
Bewirtungskosten	195.601,55	98.954,42
Verluste aus Abgang von Anlagevermögen	130.443,27	1.169.741,36
Wertberichtigungen	68.000,00	82.296,71
Nicht abzugsfähige Vorsteuer	0,00	1.200.042,54
Übrige Aufwendungen	3.980.305,56	3.383.066,39
	<u>28.796.171,16</u>	<u>31.376.871,87</u>

Gemäß dem Vertrag zur Nutzung und Überlassung des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes hat Dataport die Differenz zwischen Abschreibungen und Erträgen des Sondervermögens auszugleichen. Für das Geschäftsjahr 2007 ergab sich hieraus eine **Erstattung an das Sondervermögen Hamburgisches Telekommunikationsnetz** in Höhe von TEUR 9.477.

Die **Bewirtschaftungskosten Grundstücke und Gebäude** betreffen insbesondere die Instandhaltung von Gebäuden. Im Vorjahr enthielt diese Position im Wesentlichen Aufwendungen für die Renovierung des Gebäudedachs am Standort Altenholz.

Der Anstieg der **Raummieten** resultiert im Wesentlichen aus der im Geschäftsjahr 2007 erstmals zu zahlenden Miete für den Standort Bremen aufgrund der Übernahme der Fidatas.

Die **Energiekosten** sind insbesondere aufgrund der nachhaltigen Erweiterung des Serverparks sowie der gestiegenen Energiepreise im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen.

Der Anstieg der Aufwendungen für **Beratungsdienstleistungen** resultiert insbesondere aus Kosten für ein Organisationsgutachten, das im Geschäftsjahr 2007 eingeholt wurde.

Der ausgewiesene Betrag der **nicht abzugsfähigen Vorsteuer** im Geschäftsjahr 2006 betraf die Änderung des Vorsteuerschlüssels für die Jahre 2005 und 2006 und resultierte aus der von anderen Unternehmen in Rechnung gestellten Umsatzsteuer auf Lieferungen und Leistungen an Dataport, die auf den Hoheitsbereich entfallen und damit für Dataport nicht als Vorsteuer abzugsfähig ist. Im Berichtsjahr wurde die nicht abzugsfähige Vorsteuer direkt auf den betreffenden Aufwandskonten erfasst.

### 13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

	2007 EUR	2006 EUR
Zinserträge	<u>118.392,08</u>	<u>633.091,12</u>

Die Zinserträge resultieren aus der Termingeldanlage von liquiden Mitteln. Die Termingelder haben Laufzeiten von bis zu vier Monaten. Entsprechend dem Rückgang der liquiden Mittel sind die Zinserträge gesunken.

## **AUFTRAGSBEDINGUNGEN, HAFTUNG UND VERWENDUNGSVORBEHALT**

Im Prüfungsbericht fasst der Abschlussprüfer die Ergebnisse seiner Arbeit insbesondere für jene Organe des Unternehmens zusammen, denen die Überwachung obliegt. Der Prüfungsbericht hat dabei die Aufgabe, durch die Dokumentation wesentlicher Prüfungsfeststellungen die Überwachung des Unternehmens durch das zuständige Organ zu unterstützen. Er richtet sich daher - unbeschadet eines etwaigen, durch spezialgesetzliche Vorschriften begründeten Rechts Dritter zum Empfang oder zur Einsichtnahme - ausschließlich an Organe des Unternehmens zur unternehmensinternen Verwendung.

Unserer Tätigkeit liegen unser Auftragsbestätigungsschreiben zur Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung, die "Besonderen Auftragsbedingungen für Prüfungen und prüfungsnahe Tätigkeiten" der Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft (Stand 1. Juli 2007) sowie die "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften" in der vom Institut der Wirtschaftsprüfer herausgegebenen Fassung vom 1. Januar 2002 zugrunde.

Dieser Prüfungsbericht ist ausschließlich dazu bestimmt, Grundlage von Entscheidungen der Organe des Unternehmens zu sein, und ist nicht für andere als bestimmungsgemäße Zwecke zu verwenden, sodass wir Dritten gegenüber keine Verantwortung, Haftung oder anderweitige Pflichten übernehmen, es sei denn, dass wir mit dem Dritten eine anders lautende schriftliche Vereinbarung geschlossen hätten oder ein solcher Haftungsausschluss unwirksam wäre.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir keine Aktualisierung des Prüfungsberichts und/oder Bestätigungsvermerks hinsichtlich nach der Erteilung des Bestätigungsvermerks eintretender Ereignisse oder Umstände vornehmen, sofern hierzu keine gesetzliche Verpflichtung besteht.

Wer auch immer Informationen dieses Prüfungsberichts zur Kenntnis nimmt, hat eigenverantwortlich zu entscheiden, ob und in welcher Form er diese Informationen für seine Zwecke nützlich und tauglich erachtet und durch eigene Untersuchungshandlungen erweitert, verifiziert oder aktualisiert.



# **Wirtschaftsplan 2008**

19.11.2007

## **Wirtschaftsplan 2008**

Dataport unterstützt die öffentlichen Verwaltungen einschließlich der Kommunalverwaltungen in den Ländern der Träger Schleswig-Holstein (SH) und Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) durch Informations- und Kommunikationstechnik seit dem 1.1.2004 .

Seit dem 1.1.2006 hat sich die Trägerschaft auf das Land Mecklenburg-Vorpommern (MVP) und die Freie Hansestadt Bremen (FHB) erweitert. Am 1.1.2007 wurden zusätzlich der Eigenbetrieb fidatas der Freien Hansestadt Bremen und damit auch die Aufgaben der ID Bremen GmbH übernommen:

- In Bremen wurde eine zusätzliche Niederlassung gegründet.
- Die Standverlagerung der bisher bei der ID Bremen betriebenen Bremer Verfahren in die Dataport-Umgebung wurde zum 1.8.2007 vollzogen.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Verfahrensbetrieb der ehemaligen fidatas (z.B. für Steuer, Justiz, Stadtamt) sind in neue Räume in der Utbremer Str. 90 umgezogen.

### **1.1. Erlöse**

Die Hochrechnung des Erlösvolumen für das Geschäftsjahr 2007 von Dataport wird mit 224,5 Mio. € angenommen. Sie liegt damit um 0,8 Mio. € über dem geplanten Ansatz 2007. Grund dafür sind im Wesentlichen die zusätzlichen Erlöse in den Kundengruppen Land Schleswig-Holstein und sonstige Dienstleistungen der FHH, während die Erlöse der Kundengruppen Kommunal, Bremen und Sonstige Kunden unter dem Planansatz bleiben.

Nach den starken Wachstumsjahren ist für 2008 eine Konsolidierung geplant. Es wird von Erlösen in Höhe von 229,1 Mio. € ausgegangen. In den Erlösen sind sowohl Ausgleichsumsätze für tarifliche Gehaltsteigerungen in Höhe von 2,9% (2,5 Mio. €) als auch zusätzliche Umsätze durch Preiserhöhung in Höhe der erhöhten Umsatzsteuer (1,9 Mio. €) enthalten. Der Betrieb MVS Steuer für Hamburg, Bremen und Schleswig-

Holstein wird zum Ende 2007 bzw. in 2008 eingestellt. Dadurch fallen Umsätze in Höhe von 11,0 Mio. € für 2008 weg. Die zusätzlichen Kosten in Höhe von 5 Mio. € sind durch die Verursacher zu tragen. Entsprechende Erlöse sind in der Erlösplanung enthalten.

Nach Kundengruppen stellen sich die Erlösentwicklung für 2008 wie folgt dar:

Bei den **Landesverwaltungen Schleswig-Holsteins** sind im Plan 2008 gegenüber der Hochrechnung 2007 Steigerungen (Landwirtschaft, MESTA, Handelsgeschäft) in einer Größenordnung von 1,3 Mio. € zu vermerken.

Die Leistungen für die **Kommunalverwaltungen Schleswig-Holstein** wachsen um 1,2 Mio. € im Wesentlichen durch eine Umsatzausweitung im Produkt „ABS“ und zusätzliche Leistungen im Projekt Spiegeldatenbank.

Nach derzeitigem Planungsstand sinken die Leistungen für **Kunden der FHH** in 2008 um 1,0 Mio. €. Dieses resultiert aus dem Rückgang der Umsätze im Bereich MVS Steuer (MVS Steuer wird gänzlich in das DCS verlagert) und aus einem bisher geringer geplanten Leistungsumfang im Bereich der Bezirksämter. Gleichzeitig erhöhen sich die Umsätze in den sonstigen Dienstleistungen.

Der Leistungsumfang des **Data Center Steuer** bleibt gegenüber der Hochrechnung 2007 in 2008 konstant.

Die Umsätze mit den **sonstigen Kunden**, also den Kammern, Krankenhäusern, Privaten etc. sinken um 1,2 Mio. €.



## 1.1 Umsatzplan in T EUR Dataport

Stand:  
19.11.2007

Kundengruppen	2006 Ist	2007 Plan incl. fidatas 2	2007 Hoch- rechnung	2008 Plan
<b>1. Landesverwaltungen Schleswig-Holstein</b>	<b>58.992</b>	<b>50.987</b>	<b>55.124</b>	<b>56.461</b>
<b>2. Kommunalverwaltungen Schleswig-Holstein</b>	<b>12.651</b>	<b>12.949</b>	<b>10.780</b>	<b>11.977</b>
<b>3. Freie und Hansestadt Hamburg (Verwaltungen)</b>	<b>120.242</b>	<b>116.490</b>	<b>123.381</b>	<b>122.380</b>
- IuK-Dienstleistungen Titel 671.54	6.160	5.259	5.259	4.530
- behördeninterner Telefonverkehr Titel 671.55	11.500	11.500	11.500	11.500
- IuK-Dienstleistungen Titel 671.56	38.610	36.151	36.151	32.000
- sonstige Dienstleistungen	63.972	63.580	70.471	74.350
<b>4. Data Center Steuern (DCS)</b>	<b>11.403</b>	<b>12.992</b>	<b>12.992</b>	<b>12.999</b>
<b>5. Bremen</b> (2007 incl. ID Bremen 4,644 Mio.EUR)	<b>1.072</b>	<b>20.338</b>	<b>16.810</b>	<b>21.138</b>
<b>5. Sonstige Kunden</b>	<b>8.180</b>	<b>9.909</b>	<b>5.385</b>	<b>4.180</b>
<b>Dataport Gesamt 1)</b>	<b>212.540</b>	<b>223.665</b>	<b>224.472</b>	<b>229.135</b>
1) darin enthalten				
- Drittgeschäft	13.189	14.200	14.200	14.500
- durchlaufendes Porto	10.657	10.500	10.500	10.821
- Handelsgeschäft	31.587	24.745	25.000	27.800

## 1.2. Kosten

Das Kostenvolumen für Dataport wird für das Geschäftsjahr 2008 mit 229,6 Mio. € geplant und steigt damit um 5,1 Mio. € zur Hochrechnung 2007.

Die **Aufwendungen für bezogene Waren** steigen durch den Wareneinsatz für das Handelsgeschäft. Die dazugehörigen Handelserlöse steigen in vergleichbarem Maße.

Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** steigen im Plan 2008 um 0,9 Mio. € zur Hochrechnung 2007. Dabei steigen die Aufwendungen für Miete und Pflege von Programmen (4,0 Mio. €), Wartung u. Reparatur von DV/TK-Anlagen (1,1 Mio €), Leitungsmieten (0,1 Mio. €), EDV Aufwand (0,2 Mio. €), Dozentenhonorare (0,1 Mio. €) und weiter zu berechnende Postgebühren (0,3 Mio. €). Die Steigerungen lassen sich mit zusätzlichen Aufwendungen in Bremen und Kundenaufträgen begründen. Demgegenüber stehen Ausgabenreduktionen im Wesentlichen in den Fremdleistungen durch geplante Konsolidierungen und Beendigung der Projektphase 30K (-4,8 Mio. €).

Der **Personalaufwand** steigt um 3 Mio. € durch die Zunahme beim Personal von 1490 Vollzeitkräften im Durchschnitt des Jahres 2007 auf geplante 1500 Vollzeitkräfte im Durchschnitt des Jahres 2008 und derzeit bekannten Tarifänderungen in Höhe von 2,9 % (entspricht 2,5 Mio. €).

Die um 30K, DCS und Bremen bereinigte Zeitreihe für Personenjahre im Jahresdurchschnitt ist:

	Hochrechnung 2007	Plan 2008
Dataport gesamt	1490	1500
davon 30K	130	130
davon DCS	60	79
davon Bremen	<u>168</u>	<u>150</u>
<b>Dataport exkl. 30K, DCS, Bremen</b>	<b>1132</b>	<b>1141</b>

Das entspricht einer bereinigten Personalsteigerung um 0,8 %.

Die **Abschreibungen** steigen um 0,5 Mio. €, allerdings nur, wenn die Investitionen auf 20 Mio. € für 2008 begrenzt werden.

Um den Wirtschaftsplan ausgeglichen darstellen zu können, müssen die **sonstigen Aufwendungen** in 2008 um 2,9 Mio. € sinken. Dieses Ziel kann nur durch eine restriktive Veranschlagung aller Konten und die Einstellung einer globalen Minderausgabe in Höhe von 7,4 Mio. € erreicht werden. Allerdings bestehen Risiken in notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen im Rechenzentrum (Altenholz: Wasser im Rechenzentrum), notwendigen Erweiterungen der Rechenzentren (Wachstum führt dazu, dass die Stellflächen für die Anlagen nicht mehr ausreichen) und in Back-Up Lösungen für das Druckzentrum.

## 1.2 Kostenplan in T EUR Dataport

Stand:  
19.11.2007

G u. V Pos./ Kostenarten	Realität 2006	Wirtsch.plan 2007	Hochrechnung 2007	Wirtsch.plan 2008
1	3	3	4	5
Materialaufwand	2.293	2.918	2.805	2.907
Wareneinsatz Handelsgeschäft	30.910	22.068	24.060	26.840
<b>Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe u. für bezogene Waren</b>	<b>33.203</b>	<b>24.986</b>	<b>26.865</b>	<b>29.747</b>
Miete DV-Anlagen	49	25	50	110
Wartung u. Reparatur DV- / TK-Anlagen/Leit.	7.380	9.283	7.806	8.904
Miete u. Pflege von Programmen	16.160	20.342	15.507	19.498
Leitungsmieten	251	1.643	1.200	1.288
EDV-Aufwand	483	749	650	877
Kostenerstattung TK-Netz	9.544	10.459	10.500	10.500
Telefonaufw. Hamburgisches TK-Netz	7.897	6.811	7.161	6.990
Fremdleistungen i. Zshg. Mit Umsatzprozess	17.423	14.653	19.500	14.717
Dozentenonorare	356	450	400	460
weiterberechnete Postgebühren	10.613	10.810	10.500	10.821
<b>Aufwendungen für bezogene Leistungen</b>	<b>70.156</b>	<b>75.225</b>	<b>73.274</b>	<b>74.165</b>
<b>1. Summe Materialaufwand</b>	<b>103.359</b>	<b>100.211</b>	<b>100.139</b>	<b>103.912</b>
Löhne und Gehälter	55.079	63.607	63.700	65.000
Gesetzliche Sozialleistungen / Altersversorgung / Unterstützung	19.661	21.256	21.300	23.000
<b>2. Summe Personalaufwand</b>	<b>74.740</b>	<b>84.863</b>	<b>85.000</b>	<b>88.000</b>
AfA auf immaterielle Vermög.gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	15.570	18.106	21.300	21.800
<b>3. Summe Abschreibungen</b>	<b>15.570</b>	<b>18.106</b>	<b>21.300</b>	<b>21.800</b>
Sonstige Personalaufwendungen	333	150	550	300
Raummiete, Miete für Dienstgebäude	3.195	4.133	3.800	5.442
Unterhalt Grundstücke/Gebäude	6.713	4.527	2.300	3.623
Strom, Gas, Wasser, Heizöl	1.312	1.883	1.711	2.282
Wartg.,Rep.,Ersatzt.sonst.masch.Anl.(o.DV)	1.003	1.807	1.300	3.090
Miete, Wartg. u. Rep.Betr.-u.Gesch.ausstatt.	402	448	954	413
Kfz-Kosten	480	519	600	820
Fremdleistungen	1.530	2.867	2.100	2.356
Aus- und Fortbildungskosten	1.428	1.711	1.780	1.603
Jahresabschlussarbeiten	58	90	90	90
Rechtskosten, Beraterleistungen	142	610	778	110
Büromaterial	119	116	130	159
Vervielfältigungen, Druckereierzeugnisse	187	222	218	208
Dienstreisen	757	674	800	865
Telefonaufwendungen	101	250	305	275
Porto u. Transportkosten	96	177	120	130
Werbung/Öffentlichkeitsarbeit	334	420	423	500
Versicherungen	327	332	346	332
Andere sonst. Betriebl. Aufwendungen	3.120	351	258	403
Globale Minderausgaben	70	0	-49	-7.374
<b>4. Summe Sonst. Aufwendungen</b>	<b>21.707</b>	<b>21.287</b>	<b>18.514</b>	<b>15.627</b>
Steuern	29	30	50	80
Zinsen für Fremdkapital	0	0	4	150
<b>5. Summe Zinsen und ähnliche Aufwend.</b>	<b>29</b>	<b>30</b>	<b>54</b>	<b>230</b>
<b>Gesamtsumme 1. - 5.</b>	<b>215.405</b>	<b>224.497</b>	<b>225.007</b>	<b>229.569</b>

### 1.3. Ergebnis und Synergie

Die Erlösansätze sowie die sonstigen Erträge abzüglich der Kosten führen im Plan 2008 zu einem **Ergebnis** von 0 T€.

**Zu den Synergien wird ein gesonderter Bericht vorgelegt.**

<b>1.3 Ergebnis in T EUR Dataport</b>				Stand: <b>19.11.2007</b>
Wirtschaftsjahr	2006 Ist	2007 Plan	2007 Hochrechnung	2008 Plan
Erträge, Aufwendungen	2	3	4	5
1				
<b>1. Umsatz</b>	212.540	223.665	224.472	229.135
<b>2. Sonstige und ausserordentliche Erträge</b>	3.609	1.231	134	434
<b>Gesamterträge</b>	<b>216.149</b>	<b>224.896</b>	<b>224.606</b>	<b>229.569</b>
<b>3. Gesamtkosten</b>	<b>215.405</b>	<b>224.497</b>	<b>225.007</b>	<b>229.569</b>
<b>4. G.u.V.-Ergebnis</b>	<b>744</b>	<b>399</b>	<b>-401</b>	<b>0</b>
<b>5. Durchschnittlich eingesetztes Personal in Personen-Jahren</b>				
- Insgesamt	1237	1442	1490	1500
- davon 30K	88	125	130	130
- davon Data Center Steuern	55	60	60	79
- Insgesamt exkl. DCS und 30k	1094	1257	1300	1291

### 2. Investitionen

Der Investitionsplan 2008 wird auf 20 Mio. € begrenzt und sinkt damit um 24,7 Mio. € zum Plan 2007.

Konsolidierungsmaßnahmen sollen in 2008 dazu führen, dass im Bereich der **Immateriellen Vermögensgegenstände** (Lizenzen) weniger Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Die Investitionen in **technische Anlagen** werden deutlich abnehmen. Die Investitionen in den Ausbau des DCS und in die Niederlassung Bremen sind überwiegend abgeschlossen.

Die Investitionen in andere Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung steigen an, insbesondere durch den Standardersatzbedarf der FHH.

<b>2. Investitionen in T EUR Dataport</b>	Stand: <b>19.11.2007</b>
---	-----------------------------

Übersicht der Investitionen	2006	2007	2008
	Ist	Plan- ansatz	Plan- ansatz
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	5.422	8.740	4.498
<b>B. Grundstücke und Bauten</b>	6.969	333	300
<b>C. Technische Anlagen und Maschinen</b>	21.144	33.269	9.580
<b>D. Andere Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung</b>	2.811	2.360	5.622
<b>E. Anlagen im Bau</b>	2.755		
<b>Gesamtsumme der Investitionen</b>	<b>39.101</b>	<b>44.702</b>	<b>20.000</b>

### 3 Stellenplan 2008

#### 3.1 Beamtinnen und Beamte

<b>3.1 Stellenübersicht Beamte</b>	Stand: <b>19.11.2007</b>
------------------------------------	-----------------------------

Besoldungsgruppe	Soll 2007	Soll 2008
A16	7	7
A15	14	14
A14	15	15
A 13 h.D.	10	10
<b>Summe</b>	<b>46</b>	<b>46</b>
A 13 g.D.	45	50
A 12	85	85
A 11	167	165
A 10	39	31
A 9 g.D.	20	25
<b>Summe</b>	<b>356</b>	<b>356</b>
A 9 m.D.	10	15
A 8	6	4
A 6		2
<b>Summe</b>	<b>16</b>	<b>21</b>
<b>Beamte gesamt</b>	<b>418</b>	<b>423</b>

Bei den Beamtinnen und Beamten sind die Teilkräfte als Vollkräfte eingerechnet, weil diese Stellen auch entsprechend vorgehalten werden müssen.

## 3.2 Stellenübersicht Angestellte

Stand:  
19.11.2007

Vergütungsgruppe	Soll 2007	Soll 2008
SDV	5	10
höherer Dienst	154	175
gehobener Dienst	656	810
mittlerer Dienst	217	200
einfacher Dienst	5	5
<b>Angestellte gesamt</b>	<b>1037</b>	<b>1200</b>

### Lohnempfänger

Lohnempfänger	23	0
---------------	----	---

Nach dem TV-L werden künftig Beschäftigte, deren Aufgabe nach VerGr I BAT bewertet worden wären, nicht mehr von diesem Vertrag erfasst, so dass mit ihnen jeweils Sondertarifverträge (SDV) abzuschließen sind.

In den Zahlen zu den SDV ist die Möglichkeit berücksichtigt, dass mit Bereichsleitern/-innen, die aus den Vergütungsgruppen I BAT in die Entgeltgruppen 15Ü TV-L übergeleitet worden sind, Sonderdienstverträge abgeschlossen werden können.

Die Erhöhung der Sollzahlen 2008 ist insbesondere dadurch notwendig, da die Beschäftigten der ID Bremen noch nicht in den Planzahlen für 2007 enthalten waren.

### 3.3 Stellenübersicht Gesamt

Stand:  
19.11.2007

<b>Gesamtübersicht</b>	<b>Soll 2007</b>	<b>Soll 2008</b>
a) Planstellen <b>Beamte</b>	<b>418</b>	<b>423</b>
b) Stellen für <b>Angestellte</b>	<b>1037</b>	<b>1200</b>
c) Stellen für <b>Lohnempfänger</b>	<b>26</b>	<b>0</b>
<b>gesamt</b>	<b>1481</b>	<b>1623</b>